GRÜNE URWAHL 2012

BEWERBUNGEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor euch liegen nun alle Bewerbungen um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bundestagswahl 2013, die bei uns bis zum Bewerbungsschluß am 16. September 2012 eingegangen sind. Die Zahl der Bewerbungen zeigt, dass reges Interesse an dieser ersten Urwahl besteht. Wir freuen uns auf einen spannenden und inhaltsreichen Wettstreit zwischen den BewerberInnen.

Jetzt kommt es auf uns alle an, aus diesem in der deutschen Parteiengeschichte bisher einmaligen Vorhaben einen Erfolg zu machen. Deshalb unsere Bitte: Beteiligt euch an der Abstimmung und lasst uns zeigen, dass Basisdemokratie bei uns lebendig wie eh und je ist!

Wir werden am 8. Oktober 2012 an alle Mitglieder die Wahlunterlagen verschicken und ihr habt dann bis zum 30. Oktober 2012 (Poststempel) Zeit, eure Stimmabgabe an uns zurückzuschicken. Solltet ihr bis zum 15. Oktober keine Unterlagen erhalten haben, meldet euch bitte umgehend im Urwahlbüro per Mail bei urwahl@gruene.de oder unter 030-28442-166, damit wir euch Ersatzunterlagen zuschicken können.

Fragen an die BewerberInnen

Um euch über die BewerberInnen zu informieren, bieten wir die Möglichkeit, Fragen an diese zu stellen. Ab sofort könnt ihr bis zum 23. September unter www.gruene.de/urwahl Fragen stellen, anschließend gibt es bis zum 1. Oktober die Möglichkeit, darüber abzustimmen, welche 25 Fragen die BewerberInnen beantworten sollen.
Diese 25 Fragen und die Antworten veröffentlichen wir auf www.gruene.de/urwahl.

Urwahlforen

Zusätzlich habt ihr die Möglichkeit, die BewerberInnen auf zahlreichen Urwahlforen, die von den Landesverbänden organisiert werden, selbst kennenzulernen oder einige der Veranstaltungen per Livestream auf www.gruene.de/urwahl zu verfolgen.

Die Termine für die Urwahlforen der Landesverbände sind:

21. September - Niedersachsen, Bremen - 18:30 - 21:00 Uhr in Hannover, Apostelhalle, Pelikanplatz 2/4 in 30177 Hannover (wird per Livestream übertragen)

23. September - Brandenburg, Berlin - 16:30 - 19:00 Uhr in Berlin, Kalkscheune, Johannisstr. 2, 10117 Berlin (wird per Livestream übertragen)

29. September - Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen - 16:00 - 18:30 Uhr in Leipzig, Leipziger KUBUS, Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ), Permoserstr. 15, 04318 Leipzig

30. September - Nordrhein-Westfalen - Bochum (wird per Livestream übertragen)

01. Oktober	- Hessen - ab 19:30 Uhr in Frankfurt, Stadtwerke Frankfurt, Kurt-Schumacher-Str. 10, 60311 Frankfurt am Main
03. Oktober	- Bayern - München (wird per Livestream übertragen)
12. Oktober	- Saarland - Saarbrücken
17. Oktober	- Hamburg, Schleswig-Holstein - Ort folgt
19. Oktober	- Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz - 19:00 - 22:00 Uhr in Ludwigshafen, Pfalzbau, Berliner Str. 30, 67059 Ludwigshafen
24. Oktober	- Mecklenburg-Vorpommern - ab 20:00 Uhr in Rostock, Stadtpalast, Vögenteich 19, 18057 Rostock
26. Oktober	- Grüne Jugend - Gelsenkirchen

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen der Bewerbungen und der Entscheidungsfindung!

Viele Grüße

Steffi Lemke

Emily Büning

Inhaltsverzeichnis:

Thomas Austermann	5
Katrin Göring-Eckardt	7
Patrick Held	12
Nico Hybbeneth	15
Roger Kuchenreuther	18
Renate Künast	20
Alfred Mayer	25
Markus Meister	29
Friedrich Wilhelm Merck	33
Claudia Roth	35
Hans-Jörg Schaller	41
Franz Spitzenberger	43
Jürgen Trittin	49
Werner Winkler	55
Peter Zimmer	61

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Thomas Austermann

Looking back to the roots, working hopefully for a better new world

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich möchte mich als wiedereingetretener Basisgrüner um die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 2013 bewerben.

Hier meine Hauptpositionen, die nicht erschöpfend sein sollen und können:

1. Wirtschaft/Arbeitsmarkt/Energiepolitik

a) demokratiekonforme Wirtschaft, kein Wirtschaftsliberalismus mit Wiedereinführung des Spitzensteuersatzes von 53 %, wie in Frankreich über 1 Million Euro Einkommen 70 % Einkommensteuer

b) daraus folgt: Einsatz für Schuldentilgung, Transfer für ökosoziale Transformation

c) Mindestlohn 10 Euro, Hartz-IV bzw. Grundsicherung 500 Euro (Erhöhung der Binnennachfrage), Leiharbeit strikt begrenzen

d) Energiesteuererhöhung und damit Teilfinanzierung eines kostenlosen Nahverkehrs und einer ökologischen Gebäudesanierung

2. Außenpolitik/Verteidigung/Entwicklungshilfe

a) Reduzierung der Bundeswehr auf 100.000 Soldaten, freiwerdende Gelder für Aufbau eines ökosozialen Friedencorps in der Einen Welt, u.a. ein kleiner Beitrag zum alten Ziel des 0,7 %igen BSP für ganzheitliche Entwicklungshilfe mit

Postanschrift:

Schnorrstr. 4

45147

Essen

(0201) 53690003

thomasaustermann07@web.de

Bekämpfung der Fluchtursachen insbesondere von Klimawandel, Hunger, Krieg, Analphabetismus, bad governance und Verlust der Biodiversität

3. Gesundheitspolitik und Ethik

a) ein No Go für pränatale Selektion durch PID, Embryonenverwerfung, Bluttestscreening bei Menschen mit Handicaps, Mütter, die ihre Kinder trotz größter Schwierigkeiten austragen, sollten endlich adäquat unterstützt werden, Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität und bei reproduktions¬medizinischen Problemen sollen leichter Kinder adoptieren können

4. Grundgesetz/Ethik und Historie

a) Der Krieg unseres Heimatlandes 1999 gegen Jugoslawien hat die rote Linie vom 1.1.1939 in Polen – wo das unsagbar Ungeheuerliche passiert ist – überschritten.

Hieß es einstmals: Nie wieder Angriffskrieg vorbereiten

(23.5.1949 Art. 26.1 Grundgesetz: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“), heißt es nun schon wieder (Angriffs-) Krieg von deutschem Boden außerhalb des NATO-Gebietes. Die Frage lautet nun: Wann ist Faschismus in unserem Land im Großen wieder möglich? Im Kleinen gibt es ja schon die verbrecherische NSU.

Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar...“, so lautet meine Richtschnur für das LEBEN auf dem einzigartigen blauen Planeten. Ich denke, dieses ist der Schnittpunkt zu den anderen Mitbewerbern unserer Partei.

Vielen Dank für Dein/Euer Interesse und vielleicht auch Deine/Eure Stimme. Für Rückfragen, Anregungen, Kritik stehe ich nach meinen Möglichkeiten zur Verfügung.

Mit grünen pazifistischen Grüßen für einen echten Politikwechsel

Thomas Austermann

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Katrin Göring-Eckardt

Kreisverband Gotha

Auf uns kommt es an!

GRÜN sind viele

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich als Spitzenkandidatin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013. Ich werbe dafür, dass wir unsere inhaltliche und personelle Vielfalt dem politischen Einheitsbrei der schwarz-gelben Bundesregierung entgegensetzen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der unterschiedlichste Lebensmodelle gelebt werden. Während die anderen Parteien trotz dieser Vielfalt Politik für eine bestimmte Klientel machen, stehen wir GRÜNE für einen Ansatz, der über den Tag, den eigenen Geldbeutel und das eigene Interesse hinausdenkt. Und wir leben die Vielfalt selbst: Wir sind 68erinnen und 89er, Stadtkinder und Landeier, neue Väter und Powerfrauen, Spontis und Wertkonservative, Nesthocker und Weltenbummlerinnen, bunte Vögel und Biedermeier, Evergreens und Neuzugänge. Deshalb können wir unterschiedliche Milieus mit unseren politischen Konzepten glaubwürdig ansprechen. Ich finde, wir sollten im kommenden Bundestagswahlkampf mit diesem Pfund – unserer Vielfalt – wuchern und den Politikwechsel damit einleiten! Ich will mit aller Kraft daran mitarbeiten, dass es uns gut gelingt, durch die Urwahl unsere Konzepte zu profilieren und öffentlich darzustellen, so dass wir unsere GRÜNE Vielfalt und Verschiedenheit in einen deutlichen Zuwachs bei der Bundestagswahl verwandeln.

GRÜN sind viele
Im Gegensatz zu anderen richten wir GRÜNE unsere Sozial- und Familienpolitik nicht am Modell des männlichen Alleinverdieners aus und unsere Finanzpolitik nicht an denen, die kein Interesse am Gemeinwesen haben, sondern einfach nur Steuern sparen wollen. Wir liefern einen Überschuss an Visionen und geben Antworten auf die real gelebte Vielfalt. Damit sprechen wir unsere „klassischen“ WählerInnenschichten

Postanschrift:

Platz der Republik 1

11011

Berlin

(030) 22771928

katrin.goering-eckardt@bundestag.de

www.goering-eckardt.de

www.facebook.com/katrin.goringeckardt

genauso an wie neue Wählerinnen und Wähler, Jung- und WechselwählerInnen, Engagierte aus den Sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, Menschen, die sich in Bereichen wie Umwelt und Klimaschutz, Netzpolitik, Partizipation, moderne Mobilität, Inklusion, Flüchtlingshilfe, BürgerInnenrechte oder Demokratie und Teilhabe engagieren; Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Hintergründen. So vielfältig wie wir GRÜNE sind unsere potenziellen Wähler – gut so! Denn sie alle eint etwas: Sie fühlen sich unseren Werten und unserer politischen Kultur verbunden.

Als Politikerin der ersten gesamtdeutschen Generation, der 1989er, bin ich froh über die vielen Erfahrungen, die ich in der Politik gemacht habe, aber auch über die Erlebnisse und Begegnungen in ganz anderen Bereichen, in zivilgesellschaftlichen Initiativen und in der evangelischen Kirche zum Beispiel. Ich stehe für einen Politikstil, der lieber zuerst die sachliche Auseinandersetzung sucht statt der Konfrontation, der nachfragt und hinhört, um nicht über die Köpfe der Menschen hinweg Politik zu machen, sondern mit ihnen zusammen – Prinzip Augenhöhe statt von oben herab. Mir geht es darum, deutlich zu machen, dass GRÜNE Politik direkt mit dem Leben und dem Alltag der Menschen zu tun hat, ob sie Familieneltern sind, ein Unternehmen führen oder von Transferleistungen leben müssen, egal woher sie kommen und woran oder ob sie glauben, wie und wen sie lieben, ob sie auf dem Dorf wohnen oder in der Stadt, allein oder mit anderen zusammen, ob sie ewige Hipster sind oder schon mit Zwanzig spießig. Vielfalt kann und soll übrigens nicht heißen, dass wir beliebig wären. Personen, die überzeugen wollen, müssen glaubwürdig sein, müssen zeigen, wofür sie stehen und was ihnen wichtig ist. GRÜNE Grundüberzeugungen bleiben unabhängig vom Zeitgeist, wie oft der sich auch ändern mag. Für mich persönlich gilt: Grundwerte, die ich als GRÜNE und als Christin habe, kann ich nicht verhandeln. Wie sie umgesetzt werden können, kann hingegen unterschiedlich sein.

Gerechte Chancen statt Casting-Krampf

Ich stehe für eine Politik, die Gerechtigkeit als Leitmotiv hat, aber „Gleichmacherei“ vermeidet. Die Wünsche und Bedürfnisse der Einzelnen ernst zu nehmen, darum muss es gehen. Politik heißt für mich: Dialog statt autoritäre Ansagen. Das hat auch mit meinen Erfahrungen mit der DDR-Diktatur und in der Bürgerrechtsbewegung zu tun. Klar, ich will mit unseren Konzepten überzeugen, lasse mich aber auch überzeugen; von guten Argumenten, weil etwas nicht im Blick war oder weil jemand anderes einfach eine bessere Idee hat.

Gerechtigkeit als Leitmotiv, ganz konkret heißt das: Ich kämpfe für eine echte und konsequente Energiewende und für Strompreise, bei denen die junge Familie und die Oma von nebenan nicht für die Ausnahmen für die Industrie mitbezahlen müssen. Als jemand, der vom Land kommt, bin ich überzeugt: Wir müssen Mobilität für alle ermöglichen und nicht nur für die, die mit Erst- und Zweitauto unterwegs sind. Dazu gehört eine Infrastrukturpolitik, die sich an Bedürfnissen von Menschen ausrichtet statt an starren Strukturen. Und ich bin überzeugt, dass wir dringend eine gerechte Politik der wirklichen Teilhabe brauchen. Auch diejenigen, die von Transferleistungen leben müssen, haben alle Rechte als Bürgerinnen und Bürger. Sie haben etwas beizutragen und nicht selten können andere von ihnen lernen. Ich kämpfe für Mindestlöhne und die soziale Absicherung von Menschen in prekärer Beschäftigung. Wir brauchen eine Garantierente und ein umfassendes Konzept gegen Altersarmut. Menschen im Alter müssen weiter dabei sein können, mobil bleiben und Kultur erleben können und ordentlich medizinisch versorgt werden. Ich bin für eine anständige Betreuungsinfrastruktur, damit nicht schon Säuglinge für einen Platz in der Kinderbetreuung zum Casting antreten müssen. Und ich möchte lieber Familien mit einer Kindergrundsicherung stärken

statt die Hausfrauenehe mit dem Ehegattensplitting zu subventionieren. Ich wünsche mir Schulen und Unis, die allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die gleichen Möglichkeiten eröffnen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig davon, ob sie Maximilian, Murat oder Mandy heißen, ob sie in München oder Chemnitz wohnen. Vieles im Alltag hängt dabei gar nicht zuerst von der Bundespolitik ab. Die Öffnungszeiten der Kitas nicht, der Nahverkehr nicht und auch nicht die Fortexistenz des öffentlichen Schwimmbades oder die Instandsetzung der Radwege. Wer aber gutes Leben für alle will, muss das im Blick haben. Die Finanzausstattung der Kommunen ist deshalb keine Nebensache, sondern elementar für GRÜNE Politik.

Demokratie ist kein Selbstläufer

Alle sollen für sich das Versprechen der Chancengerechtigkeit und freien Entfaltung, dieses Angebot einer freien und demokratischen Gesellschaft, verwirklichen können. Dazu gehört das Bewusstsein dafür, dass unsere Demokratie nichts Selbstverständliches ist, sondern jeden Tag aufs Neue verteidigt werden muss. Dafür brauchen wir größere Beteiligungsrechte und eine wehrhafte Demokratie, die Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie immer und überall entgegentritt, an den extremen Rändern genauso wie in der Mitte der Gesellschaft. Klar ist für mich, dass sich das gemeinsame Europa nicht allein an der Stabilität des Euro messen lässt und nicht allein in der Finanzpolitik entschieden wird. Es wird vielmehr darauf ankommen, ob es uns gelingt, mehr Demokratie in Europa zu schaffen und die Banken stärker zu regulieren. Und nicht zuletzt darauf, ob wir echten Zusammenhalt in europäischer Gemeinsamkeit wirklich wollen, ob uns die spanischen arbeitslosen Jugendlichen genauso wichtig sind wie die im Nachbarort. Wir GRÜNE müssen gegen Populisten und Nationalisten von links und rechts dafür kämpfen, dass europäische Werte wie Frieden, Freiheit, Solidarität und Demokratie in Krisenzeiten nicht über Bord geworfen werden.

Wie wollen wir wachsen?

Immer mehr zeigt sich, dass es uns nicht automatisch allen besser geht, nur weil die Wirtschaftsdaten stimmen. Deshalb finde ich es richtig, dass wir eine kritische Wachstumsdebatte führen, in der nach neuen, realistischen Maßstäben und Indikatoren für unseren gesellschaftlichen Wohlstand gesucht wird. Zufriedenheit kann genauso durch das Gefühl der Verbundenheit mit der eigenen Heimat, durch Freiräume und Zeit, abseits materieller Bedürfnisse entstehen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sagt jedenfalls nichts darüber aus, wie es um die Lebensqualität in unserer Gesellschaft, um die ökologische Nachhaltigkeit unserer Lebensweise und um den Zustand und die Verteilung öffentlicher Güter bestellt ist. Das BIP mag wachsen, aber gleichzeitig haben immer mehr Menschen Angst vor Armut und Einsamkeit im Alter, immer mehr junge Leute verspüren ein Unbehagen beim Gedanken an ihre Zukunft, es schrumpft die Mittelschicht und soziale Schieflagen verstärken sich. Wie wollen wir zusammen leben? Natürlich sollten wir Wachstum nicht verteufeln. Es gibt viele Gründe, das richtige Wachstum zu fördern. Wie wir aber das, was wir haben, verteilen wollen, national und global, wenn die Wirtschaft wächst und erst recht, wenn sie nicht wächst, darauf müssen wir Antworten geben. Ich erlebe jedenfalls, dass das viele umtreibt, weit über klassische GRÜNE Milieus hinaus.

Wir GRÜNE geben Antworten, aber wir stellen uns immer auch Fragen. Denn für manches können und sollten wir nicht sofort eine fertige Antwort parat haben. Politik ist ein Prozess und ich bin froh, immer wieder Neues zu lernen, in Gesprächen, bei Diskussionen, live oder im Netz. Manche sagen, ich wäre eine Vertreterin der leisen Töne. Das stimmt beim Singen, aber nicht in der Debatte. Wenn es drauf ankommt, bin ich gerne laut! Vor allem aber kann und will ich zuhören. Das betrifft

auch unsere eigenen Diskussionen. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir über die thematischen Schwerpunkte für den Bundestagswahlkampf als gesamte Partei entscheiden. Ich bin gespannt auf eine lebhafte und konstruktive Diskussion und werde was ich kann dafür tun, dass wir als starke GRÜNE gemeinsam mit der SPD einen echten politischen Neuanfang einleiten können. Trotz der nicht immer angenehmen Erfahrungen während der letzten rot-GRÜNEN Regierungszeit bin ich fest davon überzeugt, dass sich unsere Inhalte gemeinsam mit der SPD am besten umsetzen lassen. Dafür will ich meinen Beitrag leisten – mit euch gemeinsam. Denn: Auf uns alle kommt es an!

Auf eure Rückfragen, Anregungen und konstruktive Kritik bin ich gespannt. Und ich freue mich, wenn ihr mich unterstützt!

Herzliche Grüsse

Eure

Biografisches
Politik – Provinz – Protestantismus

Mit 46 ist man altersmäßig Durchschnitt bei den GRÜNEN, habe ich dieser Tage gelernt. Dass ich dazu gehören könnte, hat natürlich niemand auch nur geahnt, als ich im Mai 1966 im thüringischen Friedrichroda geboren wurde. Meine Eltern haben Teenagern das Tanzen und nebenbei ein paar Benimmregeln beigebracht. Sie waren trotz DDR-Sozialismus Selbständige und somit auch immer beargwöhnt. Als Jugendliche in der DDR habe ich mich in der Jungen Gemeinde engagiert. Dort machte ich meine ersten politischen Erfahrungen, es war ein kleiner Freiraum für Diskurs und Demokratie. Warum wir das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ nicht tragen durften, obwohl das doch die Sowjetunion als Denkmal der UNO geschenkt hatte, habe ich nicht verstanden, wie so vieles Andere, was Unfreiheit und Willkür bedeutete. Mit Anfang Zwanzig erlebte ich die Diskussionen in Oppositionsgruppen, die oft Raum in den Kirchen bekamen und gehörte dann 1989 zu den Gründungsmitgliedern von Demokratie Jetzt und Bündnis 90. Als die Mauer fiel, war mein erster Sohn Friedrich gerade knapp zwei Monate alt, Johannes wurde 1991 geboren. Der alles verändernde Fall der Mauer bestärkte mich nicht nur in der Überzeugung, dass Demokratie und Freiheit von den Bürgerinnen und Bürgern erkämpft werden können - er veränderte auch meine persönliche Lebensplanung. Ich hatte Theologie studiert und übrigens schon mit 16 angefangen, D-Mark-Geschenke zu sparen, um als Rentnerin dann „einmal nach New York“ reisen zu können. Jetzt war die ersehnte Reise plötzlich schon viel früher möglich. In New York angekommen war ich glücklich - aber zugleich unangenehm überrascht von dem Überwachungssystem der New Yorker Polizei. Mit der friedlichen Revolution haben sich aber auch ganz andere Möglichkeiten ergeben, Freiheit und vor allem die errungene Demokratie mit zu gestalten. Politik bedeutete für mich immer auch die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten zu thematisieren, ehrenamtlich im Kreistag, als Mitarbeiterin in der ersten Landtagsfraktion in Thüringen und für zwei Bundestagsabgeordnete,

als Landessprecherin, im Bundesvorstand und schließlich ab 1998 selbst als Abgeordnete im Bundestag. Ich war parlamentarische Geschäftsführerin und Fraktionsvorsitzende, jetzt bin ich die GRÜNE Vizepräsidentin des Bundestages.

Neben meiner politischen Arbeit engagiere ich mich ehrenamtlich unter anderem in der Evangelischen Kirche. Seit 2009 bin ich Präses der Synode der EKD, dem Parlament der Protestantinnen und Protestanten in Deutschland. Letztes Jahr war ich Präsidentin des Evangelischen Kirchentages in Dresden. Zur Entspannung jogge ich morgens, eine schöne Auszeit, in der die besten Ideen entstehen, je nach Tempo sind auch mal welche dabei, die man lieber für übermorgen aufhebt oder ganz verwirft. Die beiden Söhne sind erwachsen, aber sie sorgen nach wie vor für klaren Realitätsbezug: Das „Mama du bist peinlich“ bewahrt zumindest vor komplett falschen Klamotten. Aber sie sind eben, genau wie die drei älteren Halbgeschwister, politische Menschen, die einen guten Blick für das haben, was wichtig ist im Leben, nicht nur der eigenen Generation. Zwar sind die Kinder viel musikalischer als ich, trotzdem habe ich den Traum nicht aufgegeben, eines Tages Schlagzeugspielen zu lernen. Das wäre, da mir ja immer die eher leisen Töne zugeschrieben werden, wohl ein guter Ausgleich. Ob ich also eine „Durchschnittsgrüne“ bin? Ja, ich fahre lieber Fahrrad und Zug als Auto, Urlaub mache ich gern in der Uckermark und – nicht zuletzt weil das ja wieder ganz schick ist: Ich stricke, wenn es Winter wird. Kuchen und Brot backe ich am liebsten selbst. Und bei der Musik darf es gern live und richtig laut sein.

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Patrick Held

Kreisverband Bayreuth-Stadt

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Zeit ist reif bei uns für einen mutigen, frischen Wind! Opa Jürgen hat in den letzten 30 Jahren viel für uns Grüne bewegt und wahrscheinlich würde er es ein weiteres Mal tun. Aber er ist so wie alle anderen männlichen Bewerber ein Veteran der Vergangenheit, nicht die grüne Zukunft. Aber aus genau demselben Geist heraus, der ihn wohl damals im Alter von 28 in die Politik trieb, bewerbe ich mich nun: Ich will etwas bewegen. Im Gegensatz zu damals, als junge Menschen die demokratische und demographische Mehrheit stellten, sind wir heute in der Minderheit. Dennoch betreffen die globalen Probleme und nationalen Fehlentscheidungen niemanden mehr, essentieller und länger als uns jungen Menschen.

In allen Bereichen, sei es der Klimawandel oder der Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Rohstoffen, Böden und Artenvielfalt, aber auch bei der Staatsverschuldung, wird heute ein radikaler Raubbau auf Kosten unserer Zukunft und unseres Lebens zugunsten eines Mehr an Luxus und Verschwendung betrieben. Das dies für uns in nicht allzu ferner Zukunft zahlreiche dramatische und drastische Einschnitte bedeuten wird, scheint niemanden zu interessieren, zumindest handelt niemand danach. Doch die Zeit rinnt wie Sand durch unsere Hände, wir müssen bald handeln. Denn wir wollen nicht in einem machtlosen, weil von Schulden und globalen Problemen zerfressenen Staat unser Leben zubringen. Im Angesicht der Tatenlosigkeit der anderen Parteien, komme ich zu dem Schluss, dass niemand diese zukünftigen Probleme und Ungerechtigkeiten glaubwürdiger und nachhaltiger angehen kann, als jemand, der das Scheitern oder Gelingen mit seinen eigenen Kindern noch erleben wird. In den nächsten Jahren entscheidet sich, ob wir 2050 leben oder nur überleben werden. Dazu braucht es nicht nur eine Energiewende, es braucht den radikalen, nachhaltigen Wechsel unseres Lebensstils und Selbstverständnisses. Wer wirklich vom Klimawandel und seinen Folgen überzeugt ist, der weiß um die Notwendigkeit radikalen Umdenkens, ohne Tabus. Doch dafür

Postanschrift:

Wendelhöfen 8

95445

Bayreuth

patrick@gemeisam21.de

www.gemeinsam21.de

www.twitter.com/PatrickHeld

braucht es vor allem frische Leute mit frischen Ideen. Ich sehe den Politiker der Zukunft in der Aufgabe eines politischen Moderators, der Diskurse mit Euch führt. Der zwar eigene Ansichten und Leidenschaft besitzt, aber kein Alphatier ist. Wandel und Umdenken erzeugt man nicht, indem man mit Rhetorik überredet, sondern Menschen von der Schlüssigkeit der eigenen Argumente überzeugt. Ich will mit Euch und allen Menschen in diesem Land diese Diskurse offen und frisch führen, damit wir gemeinsam die richtigen Antworten für die Dilemmata und Chancen unserer Zukunft finden.

In diesem konstruktiven Geist ist mir jede und jeder herzlich willkommen. Doch ich stelle mich all jenen kompromisslos entgegen, die meinen, ihr Glück und Leben auf dem Elend und Leid anderer Menschen aufbauen zu müssen. Geiz, Geldgeilheit und Gier, getrieben von menschenwürdeloser Arroganz und Egoismus, entbehren für mich jeder Verhandlungsbasis. Ich habe in meinem Leben gelernt, dass man ohne die Menschen um einen herum, ohne Gesellschaft, nichts ist. Selbstverständlich braucht es Anreize – wirtschaftliche wie soziale –, aber sie dürfen nicht auf der Annahme beruhen, dass jeder Einzelne seines eigenen Schicksals einziger Schmied ist. Wir sind nichts und niemand ohne die Gemeinschaft, ohne die Menschen, die nach dem gesellschaftlichen Status angeblich über oder unter uns stehen. Doch weder stehen wir über einem Menschen noch stehen wir unter jemanden, denn niemand steht über dem Gemeinwohl. Wir müssen uns unserer individuellen Verantwortung für das Gemeinwohl wieder mehr bewusst werden und jeder nach seinen Fähigkeiten danach streben, die Dinge zum Besseren zu wenden. Spenden und Steuern entlasten uns nicht von unserer Verantwortung für unser Gemeinwohl und das Elend und die Probleme unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Menschlichkeit muss wieder vor Materialismus gehen, denn Letzteres macht uns nicht glücklich, sondern stürzt viele ins Elend und uns mit. Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb sind dabei nicht die Wurzel unserer Probleme, sondern wir selbst. Wir sind aber auch deren Lösung! Funktionierende Märkte bilden die Präferenzen der Konsumentinnen und Konsumenten ab. Jeder von uns hat jeden Tag die Wahl und die Chance Politik zu machen. Jeder kann Teil der Lösung werden, indem sie oder er sich bewusst entscheidet, was gekauft wird, wie das eigene Geld angelegt ist und wie man sich in unsere Gesellschaft konstruktiv einbringt für diejenigen, die mehr Hilfe brauchen als man selbst. Ich als Politiker habe die Aufgabe, Euch bei diesem Engagement zu unterstützen, indem wir die gesetzliche Rahmenordnung gestalten und uns mit der Macht des Gesetzes egoistischem Denken in den Weg stellen.

B90 die Grünen kann keinen geringeren Anspruch haben, als in ausgewogener Überlegung die beste Politik für alle Bürger zu machen.

Dafür will ich mit Euch kämpfen!
Jede und jeder kann etwas tun.
Gemeinsam können wir alles bewegen.

Um diesen Geist über unsere grünen Reihen nach außen zu tragen, will ich bei der nächsten Bundestagswahl Euch und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit der weisesten und schlagkräftigsten Spitzenkandidatin vertreten.
Ich werde als Spitzenkandidat und Mitglied des deutschen Bundestages für nur ein Motto stehen:

Rather than money, than faith, than fame, than fairness give me truth!

Wofür ich kompromisslos einstehe:

- Das Gemeinwohl steht immer über dem individuellen Luxus auf Kosten Dritter
- Anstreben eines nachhaltigen Lebensstiles, welcher nicht auf Leid, Elend und Raubbau heutiger und zukünftiger Menschen steht – das heutige Elend darf nicht mit noch größerem Elend in der Zukunft bekämpft werden
- Ziel- und Wertekonflikte müssen im gemeinsamen Diskurs gelöst werden
- Institutionelle Glaubwürdigkeit: strengeres Maastricht, Preisniveaustabilität, Trennbankensystem, „Nobody is and is allowed to be too big to fail!“
- Kontinuierliche, reale Reduzierung der Staatsverschuldung, Bildung von Rücklagen für Krisen und Katastrophen jeder Form
- Es muss immer einen fertigen Plan B geben, falls Plan A nicht klappt. Nichts ist alternativlos außer der Menschenwürde
- Persönliche Transparenz in allen Bereichen während meiner Zeit in politischer Verantwortung
- Macht auf Zeit: Maximal Zeit als MdB = 8 Jahre
- Internalisierung sämtlicher seit meiner Geburt durch mich verursachten Klimaemissionen

Jede Stimme für mich ist ein Aufbruchssignal für mutige, frische Leute bei uns Grünen und eine neue Form von Politik!

In Dank für jede Stimme,
Euer Patrick

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Nico Hybbeneth

Kreisverband Wiesbaden

Liebe Grüne,

in Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern herrschen prekäre Zustände.

Die Gesundheits- und Sozialsysteme kollabieren. Menschen verarmen und die Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, steigt. Im öffentlichen Dienst sollen hunderttausende Stellen gestrichen werden. Die Krise gipfelt darin, dass für ärmere Menschen der Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht mehr ohne Probleme möglich ist.[1] Die Verschuldung auf allen Ebenen und die daraus scheinbar zwingend resultierenden Sparmaßnahmen verursachen eine nicht aufzuhaltende Abwärtsspirale.[2] Eine einfache Tatsache, gegen die offensichtlich nichts wirksames unternommen wird. Griechenland ist auf dem besten Weg zum Schwellenland abzurutschen.

Angela Merkels Kurs wird von den Grünen mitgetragen.

Meiner Meinung nach sollten wir nach Grünen Grundprinzipien Politik betreiben. Griechenland muss seine Rüstungsausgaben massiv reduzieren, sparen und gleichzeitig mehr Geld einnehmen. Das Sparen darf nicht zu Lasten des Bildungs-, Sozial-, und Gesundheitssektors gehen. Es kann nicht Ziel deutscher Außenpolitik sein, Waffen-Verkäufe wie zum Beispiel U-Boote und Panzer nach Griechenland mit aller Kraft durchzusetzen. Der Rüstungswettlauf der beiden Nato-Mitglieder ist überflüssig.[3] Griechische Politik darf nicht in Deutschland und Frankreich gemacht werden, das untergräbt Demokratie. Besser wären gesamteuropäische Entscheidungen durch das Europaparlament. Ich fordere ein gemeinsames, solidarisches Europa!

Ein weiterer Punkt grüner Politik, welcher mir besonders wichtig ist, ist die Bildungspolitik. Unser föderales Bildungssystem verursacht Ungleichheiten zwischen den Schulsystemen der Länder, die nicht weiter hinnehmbar sind.[4] Es kann nicht sein,

Postanschrift:

Kaiser-Friedrich-Ring 77

65185

Wiesbaden

0173-7632785

nico2013@posteo.de

dass Eltern Umzugspläne schmieden, um ihren Kindern eine bessere Bildung zu ermöglichen. Der Ausbau der Ganztagsschulen, sowie die Gesamtschule als Schulform und die Rücknahme der verkürzten Gymnasialzeit sind grüne Themen, die es jetzt anzupacken gilt. Ein Konkurrieren der Bundesländer im Bereich Bildung schafft nicht hinnehmbare Diskrepanzen. Bildungspolitik muss zur Aufgabe der Bundespolitik werden.

Ich fordere Chancengleichheit. Freie und gleiche Bildung für alle!

Studiengebühren müssen überall abgeschafft werden. Universitäten brauchen mehr öffentliche Gelder. Meine Universität hat Schulden in Höhe von 30 Millionen Euro. Wie an den meisten Universitäten in Deutschland sind die Hörsäle überfüllt, die Gebäude sind am bröckeln und Stellen werden gestrichen. Privatwirtschaftlich uninteressantere Studiengänge trifft es meist besonders. Wir brauchen gut finanzierte, unabhängige Universitäten, mit mehr Mitbestimmung der Studierendenschaft.[5] Für ein selbstbestimmtes Leben und Lernen!

Selbstverständlich gilt mein Interesse auch einer grünen Umweltpolitik. Diese beinhaltet für mich eine schnelle und nachhaltige Energiewende, sowie eine dezentral organisierte ökologische Stromversorgung, am besten aus Bürgerhand.

Auch die Bahn muss in Bürgerhänden bleiben, selbst nach der Finanzkrise.[6] Eine grüne Fahrradabwrackprämie konterkariert eine ressourcenschonende Mobilitätspolitik, da sich dadurch der Spritverbrauch der Fahrräder nicht reduzieren lässt und eine überflüssige Produktion befeuert wird.[7] Die Gelder sollten besser in den Ausbau der Radwege investiert werden.

Außerdem bedeutet für mich grüne Umweltpolitik auch der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, denn so wird dem gesteigerten Bedürfnis nach Mobilität Rechnung getragen. Der ÖPNV sollte bei anderer Finanzierung, beispielsweise durch Steuereinnahmen, für die Bürger kostenlos sein.

Statt Harz IV und Zuschussrente fordere ich ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dieses entbürokratisiert das Sozialsystem und schafft mehr Gerechtigkeit und individuelle Autonomie.

Menschen werden dadurch flexibler und freier in ihrer Lebensplanung. Niemand wird mehr dazu gezwungen, menschenunwürdige 1 Euro Jobs anzunehmen. Ein solches Grundeinkommen muss durch höhere Spitzensteuersätze sowie eine Finanztransaktionssteuer und gegebenenfalls erhöhte Konsumsteuern umsetzbar gemacht werden.

Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, eine menschenwürdige Asyl- und Integrationspolitik, sowie internationale Gerechtigkeit sind Themen, an deren Umsetzung ich arbeiten werde.

Mein Name ist Nico Hybbeneth und hiermit werbe ich um Ihre Stimme bei der Urwahl des Grünen Spitzen-Duos. Mit meinen 22 Jahren stehe ich auch personell für einen Generationswechsel. Zur Zeit studiere ich Politik- und Sozialwissenschaften in Marburg und bin in verschiedenen (umwelt-) politischen Organisationen aktiv.

Der Erfolg der Piratenpartei hat gezeigt, dass Basisdemokratie und neue Ideen Wegbereiter eines

gesellschaftlichen Wandels sind. Hier möchte ich mit meinen Standpunkten anknüpfen.

„Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will.“
Albert Einstein

Für eine ökologischere, solidarische und sozialere Welt.

Liebe Grüße

Hintergrundinformationen und Nachweise

1 http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-06/griechenland-gesundheitssystemfinanz-krise
2 http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland2468.html
3 http://www.zeit.de/2012/02/Ruestung-Griechenland
4 http://www.youtube.com/watch?v=aIABLBj7sk4
5 http://www.students.uni-marburg.de/~Fsr03/protokolle/Resolution.pdf
6 http://www.spiegel.de/wirtschaft/finanzkrise-bahn-boersengang-auf-unbestimmte-zeit-verschobe-na-588683.html
7 http://www.tagesschau.de/inland/fahrrad128.html

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Roger Kuchenreuther

Kreisverband Bamberg-Land

Liebe Freundinnen und Freunde,

zuerst ganz formal zu meiner Person, ich bin Baujahr 1959, Zimmermeister/Restaurator und seit 1991 selbständig, humanistischer Freidenker und überzeugter Naturfreund.

Als Wassermann immer schon an Politik, Ökologie und Gesellschaft interessiert, beschäftigten mich schon seit Jahren die causalen und energetischen Zusammenhänge unserer Realität. Oft kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass in unserer Welt Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unmenschlichkeit dabei sind endgültig das Ruder zu ergreifen. Gigantische Geldlawinen drohen ganze Staaten und sogar Staatenbünde in den Abgrund zu reissen, ganz zu schweigen vom dabei völlig unbedeutenden Ruin einzelner Menschen und ihrer Familien.

Unsere Natur wird gefoltert, Mensch und Tier werden entrechtet und gequält, nur für noch mehr Profit und Macht.

Schluss damit !

Die Möglichkeiten durch ein neues Bewusstsein immer mehr Menschen zu überzeugen, gerecht, solidarisch und nachhaltig zu handeln waren noch nie so groß wie dieser Tage.

Information ist der Schlüssel zur Veränderung des Bewusstseins.

Obama wird wiedergewählt werden und er wird weiterkämpfen.

Auch wir müssen nach all den Diskussionen, Abstimmungen und Wahlen wieder Regierungsverantwortung übernehmen.

Wir müssen antreten um die Zukunft zu retten, wir kämpfen für eine gerechte Welt und wir müssen in Deutschland und Europa anfangen ernst zu machen.

Postanschrift:

Ziegeleistr. 17 b

96110

Scheßlitz

roger-kuchenreuther@gmx.de

www.facebook.com/kuchenreuther.roger

Geben wir den Menschen überzeugende Antworten auf berechtigte Fragen, Verunsicherung und Hilflosigkeit, reißen wir das Steuer herum und segeln bewußt gegen den Wind einer besseren, sonnigen Zukunft entgegen.

Lasst uns gemeinsam, mutig, einig und kraftvoll handeln, unsere Überzeugung wieder in Taten umsetzen und unseren Weg konsequent fortsetzen.

Die Welt erwartet das von uns.

Euer Roger

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Renate Künast

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Bewerbung für die Bundestagswahl

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Bundesvorstand und der Parteirat haben für die Aufstellung zur Bundestagswahl 2013 eine Doppelspitze beschlossen. Der Länderrat hat am 2. September über das Verfahren zur Wahl der beiden SpitzenkandidatInnen entschieden. Hiermit bewerbe ich mich für eine der Positionen in der Doppelspitze.

Ich bitte Euch um die Unterstützung für meine Kandidatur um einen Platz in der Doppelspitze. Es geht dabei um die Frage, mit welcher personellen Aufstellung wir das Ziel des Politikwechsels am besten erreichen können. Wir haben viele gute Köpfe, wir können auf niemanden verzichten. Hier geht es um zwei Köpfe, die vorne stehen sollen. Doch wir haben mehr gute Köpfe und das werden wir auch zeigen.

Der Wahlkampf ist eine Mammutaufgabe, die wir nur gemeinsam schaffen können. Vor uns steht eine harte politische Auseinandersetzung. Wir Grüne haben bewiesen, dass wir klare Konzepte, Werte und Ziele haben. Und, wir können kämpfen: Weil wir an unsere Ziele glauben und dafür eintreten. Auch das verbinde ich mit meiner Kandidatur.

In den letzten Monaten wurde gefragt, ob ich nach der Berlinwahl noch kandidiere. Der Wahlkampf in Berlin war hart, wir haben uns das erste Mal getraut als Grüne die Hegemonie der SPD in Frage zu stellen. Ich habe in den letzten Monaten viel nachgedacht, auch über meine Fehler. Mit vielen Menschen habe ich gesprochen, was das Berliner Ergebnis für mich bedeutet, was ich daraus lernen kann. Viele Menschen haben mich unterstützt und mir zugeraten, anzutreten. Es war einiges zu verdauen, aber jetzt stehe ich hier, an Erfahrung reicher und hoch motiviert mit Euch in den Bundestagswahlkampf zu ziehen und die schwarz-gelbe Regierung abzulösen.

Postanschrift:

Platz der Republik 1

11011

Berlin

(030) 227-71913

renate.kuenast@bundestag.de

www.renate-kuenast.de

www.facebook.com/renate.kuenast

2013 – eine Richtungswahl

Der Wahlkampf 2013 wird eine große und gemeinsame Kraftanstrengung von tausenden Grünen werden. Für unser Ziel die schwarz-gelbe Bundesregierung abzulösen, kommt es auf jede und jeden an: Alle Mitglieder der Partei und zahlreiche UnterstützerInnen und natürlich die LandesministerInnen in Bremen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und nicht zuletzt den ersten grünen Ministerpräsidenten.

In Kiel, Bremen, Düsseldorf, Stuttgart und Mainz zeigen wir ebenso wie in den Städten in denen wir Bürgermeister stellen, wie konkret gute grüne Politik gemacht wird. Wir alle gemeinsam gestalten den Wahlkampf 2013. So können wir es schaffen.

2013 geht es darum, ob Deutschland ein Land des Beharrens und der Blockade bleibt. Oder ob Deutschland aufbricht. Zentrale politische Fragen stehen im Wahlkampf an: Gibt es eine Zukunft für einen gemeinsamen Euro, ein gemeinsames Europa? Schaffen wir die Energiewende und damit ein Vorbild für andere Industrienationen oder versandet sie in Streitereien zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium? Kommt endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer und eine Frauenquote für Aufsichtsräte? Kommt der Kitaplatz für Kleinkinder oder das Betreuungsgeld? Wird die Zwei-Klassen-Medizin beendet oder wird weiterhin an alten Privilegien festgehalten? 2013 ist eine Richtungswahl. Lasst sie uns Grün gestalten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bewiesen, dass sie es nicht kann. Sie ist an der Wirklichkeit gescheitert, in die neoliberale Ideologie, Privilegienwirtschaft und der Unwillen zu ökologischer Modernisierung nicht mehr passt. Eine solche Regierung können wir uns nicht länger leisten. Schwarz-Gelb gefährdet durch Untätigkeit und Zerstrittenheit unsere Zukunft: von den Kommunen, über die Länder und Deutschland bis hin zu Europa. Schwarz-Gelb muss 2013 abgewählt werden. Lasst uns gemeinsam die Zukunft Deutschlands Grün gestalten.

Politik heißt: Verantwortung für das Gemeinwohl

Für mich bedeutet Politik, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Die Grünen werden getragen von der wertegebundenen Mittelschicht und sind eine werteorientierte Partei. Wir folgen keinen Partikularinteressen, sondern haben das Ganze im Blick. Unser Ziel ist ein funktionierendes Gemeinwesen, das nicht auf Kosten anderer lebt, das die natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Unsere Idee von einem gerechten Deutschland ist ein Land, das Allen die Chance auf Teilhabe und Aufstieg gibt.

Das heißt für mich als Erstes: Genau hinsehen und verstehen, was politische Entscheidungen für die Menschen im Alltag bedeuten: Am Arbeitsplatz, in der Kommune und nicht zuletzt für die Bildungsangebote und -chancen. Für mich macht das die Stärke der Grünen aus: Wir haben Visionen für eine andere Gesellschaft und können deshalb auch die Mühen der Reformprozesse durchhalten.

Unser Ziel ist nicht weniger als ein **neuer Gesellschaftsvertrag**; der die Regeln des Zusammenlebens, des Wirtschaftens, des Ausgleichs zwischen Ökologie und Ökonomie neu definiert. Zwei Schwerpunkte sind für mich dabei zentral:

→ **Eine gerechte Gesellschaft**, die allen Menschen gleiche Chancen und faire Teilhabe ermöglicht und Kinder in den Mittelpunkt stellt;

→ **Erhalten was uns erhält**, die ökologische Modernisierung und Bewahrung unserer Lebensgrundlagen. Das ist das Markenzeichen unserer Partei.

Auf diese Schwerpunkte muss sich grüne Politik konzentrieren.

Eine gerechte Gesellschaft für alle Menschen

Mein Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, die allen Menschen **Teilhabe und Aufstieg** ermöglicht. Eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben sich zu verwirklichen, einen guten Job zu finden und die niemanden zurücklässt. Ich will die Blockaden in unserer Gesellschaft abbauen. Die Hautfarbe, die Herkunft oder das Geschlecht bestimmen in Deutschland noch viel zu häufig über Chancen im Leben.

Es kann aber nicht um irgendeine Arbeit gehen, es muss **gute Arbeit** sein. Ich will, dass sich Arbeit für die einzelnen Menschen lohnt, Arbeit auch fair bezahlt wird. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors müssen wir stoppen – wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn.

Es gibt wenige Beispiele an denen die auseinanderfallende Gesellschaft deutlicher wird als im **Gesundheitswesen**. Während einige priviligiert werden, müssen andere wochenlang auf wichtige Arzttermine warten. Die Ungerechtigkeit der Zwei-Klassen-Medizin müssen wir dringend beenden. Wir streiten für die Einführung der Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung. Eine Versicherung für alle, die alle Einkommen berücksichtigt – das ist gerecht.

Für die **Gleichstellung** von Männern und Frauen ist die schwarz-gelbe Legislatur verlorene Zeit. Nirgendwo zeigt sich deutlicher, wie sehr Schwarz-Gelb an der Lebenswirklichkeit einer modernen Gesellschaft vorbei agiert. Mit dem Betreuungsgeld fällt die Regierung in Muster zurück, die längst überholt sind. Männer und Frauen verdienen den gleichen Lohn für gleiche Arbeit - es ist höchste Zeit, den beschämend hohen Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern aufzuheben. Frauen, die unser Land in Führungspositionen mit gestalten wollen, sollen die Möglichkeit haben, ihr Können zu zeigen. Die Quote für Aufsichtsräte ist überfällig, wir werden sie durchsetzen.

Schwarz-Gelb hat auch die Modernisierung der **Familienpolitik** verschlafen. Eltern wollen gute Betreuungsangebote für ihre Kinder, aber sie bekommen das Betreuungsgeld. Vollkommen mutlos hält die Regierung am milliardenschweren Ehegattensplitting fest, anstatt mit einer direkten Förderung der Kleinen Kinderarmut zu bekämpfen. Grüne Familienpolitik macht Vereinbarkeit durch gute Kinderbetreuung möglich und sie unterstützt Familienformen in ihrer Vielfalt. Unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität.

Kinder in den Mittelpunkt – ist eine zentrale Antwort auf das Gerechtigkeitsdefizit in Deutschland. Nicht alle Kinder bringen von zu Hause die Voraussetzungen für Erfolg in der Schule mit. Ein Großteil der Kinder aus benachteiligten Familien wird abgehängt. Der Schlüssel zu einer chancengerechten Gesellschaft liegt in guten öffentlichen Institutionen, in besserer Bildung vor Ort: von der Kita, über Ganztagsschulen bis zur Uni. Nur so können wir verborgene Talente heben und Kinder

gezielt fördern. Dafür müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, die Schwerpunkte in der Haushaltspolitik verschieben und kluge Kooperationswege zwischen allen staatlichen Ebenen ermöglichen. Deutschland ist noch immer das Land, in dem Erfolg in der Schule und soziale Herkunft am engsten miteinander verknüpft sind. Das ist die gravierendste Ungerechtigkeit unserer Gesellschaft.

Unser Motto ist: **Öffentliche Gelder für öffentliche Institutionen**. Nicht Deinstitutionalisierung, sondern Reinstitutionalisierung ist der grüne Weg. Das ist keine Selbstverständlichkeit in unserer Gesellschaft, sondern wird eine knallharte Auseinandersetzung mit unseren Mitbewerbern.

Rechtsextremismus stoppen

Der mörderische Terrorismus der rechtsextremen NSU hat eine Entwicklung in unserer Gesellschaft offenbart, die uns alle tief bestürzt und beschämt. Das eklatante Versagen der Sicherheitsbehörden und des Verfassungsschutzes muss lückenlos aufgeklärt werden. Die alten Verfassungsschutzbehörden gehören aufgelöst. Es braucht einen personellen Neustart und gesetzlich eng geregelte Aufgaben. Wir alle müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass Menschenhasser und Verfassungsfeinde keinen Platz haben. Ich setze mich dafür ein, ein neues NPD-Verbotsverfahren zügig und ernsthaft zu prüfen. Dabei muss ein neuer Umgang mit dem Einsatz und den Erkenntnissen von V-Leuten vorzeitig gesichert sein. Klar ist: ein weiteres Mal darf ein Verbotsverfahren nicht scheitern.

Erhalten was uns erhält!

Erhalten, was uns erhält! Das ist unser Grundsatz. Damit sind wir vor über 30 Jahren angetreten. Er ist aktueller denn je.

Wir wollen, dass Deutschland eine aktive und verantwortungsbewusste Rolle im **Klimaschutz** und der Reduktion des Ressourcenverbrauchs einnimmt. Als erstes großes Industrieland haben wir uns auf den Weg gemacht, aus der Atomenergie auszusteigen und die Energieversorgung auf **erneuerbare Energien und Energieeffizienz** umzustellen. Das ist eine Mammutaufgabe. Und die ganze Welt guckt neugierig zu. Eine große Mehrheit unterstützt dieses Vorhaben, immer mehr Unternehmen wollen sich an der Energiewende beteiligen und bieten energiesparende Produkte und Dienstleistungen an. Einzig Schwarz-Gelb scheint das nicht bewusst zu sein. Sie fahren die Energiewende ungerührt vor die Wand.

Wir können und wollen die **Energiewende** zum Erfolgsprojekt der ökologischen Transformation im 21. Jahrhundert machen. Das geht nicht mit alten Konzepten. Auch wenn Schwarz-Gelb damit gescheitert ist, den Atomausstieg mit der Laufzeitverlängerung zurückzudrehen, kämpfen sie und Teile der SPD weiterhin für alte Versorgungsstrukturen und neue Kohlekraftwerke. Energiewende, Ausbau erneuerbarer Energien und der Einstieg in die Effizienzrevolution sind nur bei uns Grünen in guten Händen. Wir müssen die Energiewende weiter vorantreiben. Wir müssen dafür sorgen, dass die Lasten fair verteilt sind und die Energiewende in der Breite der Gesellschaft ankommt. Wir zeigen, wie das geht.

Erneuerbare Energie und Ressourcen- und Energieeffizienz sind auch zentrale Zukunftsfelder unserer **Wirtschaft**. Wir wollen mehr als eine vierte Schlüsselindustrie „Green Tech“, wir wollen die drei Schlüsselindustrien Auto, Chemie und Maschinenbau umbauen, so dass die gesamte Wirtschaft grün wird.

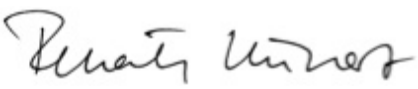
Beispiel Verkehr: Statt weiter mit konventionellen Spritschluckern die Staus zu verlängern, sollten wir **Mobilität neu denken**: wie schaffen wir es Erneuerbare Energien, ÖPNV, moderne Antriebskonzepte und die Chancen der digitalen Wirtschaft miteinander zu verbinden? Setzen wir die Prioritäten neu! Die Blockierer, Bremser und die Bewahrer schädlicher Subventionen aufzuhalten, wird im Wahlkampf eine unserer zentralen Aufgaben sein. Deutschland kann mehr, kann anders produzieren, transportieren, konsumieren. Wir Grünen können selbstbewusst sagen: Grüne Wirtschaft ist das Erfolgsrezept für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Transformation heißt auch: Wir müssen uns künftig anders ernähren. Nur so werden wir erhalten, was uns erhält. Das System der heutigen Agroindustrie, mit fortschreitender Intensivierung, mit Tierquälerei in der Massentierhaltung und mit riesigem Futtermittelbedarf ist nicht länger legitim. Eine **nachhaltige Landwirtschaft** braucht ein klares ökologisches Leitbild („Klasse statt Masse“) und die Kraft, neue Standards gegen etablierte Lobbys in Berlin und Brüssel durchzusetzen. Unsere Aufgabe wird es sein, im Wahlkampf den Grünsprech der anderen Parteien zu entlarven und konkret zu machen, an welchen Stellschrauben ökologische Politik drehen muss. Nach der Prämisse „Food First“ werden wir auch bei der Flächenkonkurrenz zwischen Teller, Tank und Futtertrögen vorgehen. Wertvolle Ackerfläche muss weltweit als Erstes der Ernährung dienen und nicht der Futtermittelindustrie oder den Mineralölkonzernen.

Märkte brauchen Regeln und Leitplanken. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Sonst produzieren Märkte Ergebnisse, die wir nicht wirklich wollen. Verschieben wir die Gewichte: Wir alle wollen mitentscheiden, in welche Richtung sich Märkte entwickeln. Deswegen brauchen **Verbraucherinnen und Verbraucher** starke Rechte – dafür stehen wir Grünen. „Wissen was drin ist“ muss in allen Wirtschaftsbereichen – vom Supermarktregal über den Bankschalter, bis zum Internet – garantiert sein. Verbraucher müssen Rechte als Marktakteure haben – so können sie durch ihr Konsumverhalten Politik machen, mit dem Einkaufskorb oder per Mausklick.

Für diese Schwerpunkte stehe ich. Hierfür will ich gemeinsam mit Euch antreten. Lasst uns bei der Bundestagswahl für einen Politikwechsel kämpfen. Soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe, ökologische Nachhaltigkeit, starke Bürgerrechte und eine offene Gesellschaft wird es nur mit einer neu ausgerichteten Politik in Deutschland und in Europa geben. Deshalb wollen wir Schwarz-Gelb ablösen.

Mit grünen Grüßen



Eure Renate

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Alfred Mayer

Ortsverband Berg am Laim/Trudering Messestadt-Riem

Die nur noch mit äußerst konsequentem Handeln mögliche Bewahrung der Schöpfung fordert die Grünen in besonderem Maß und bedarf ganz anderer Personen in den Parlamenten als bisher. In den dreißig Jahren haben sich die grünen Volksvertreter zu oft an dem „Machbaren“ orientiert, obwohl es in den drängenden ökologischen Fragen keine Kompromisse geben darf.

Eine Koalition halte ich nur mehr dann für verantwortbar, wenn die „unveräußerlichen“ Überlebensfragen, die für jede Wählerin und jeden Wähler einleuchtend sind, ohne faule Kompromisse beantwortet werden.

Lieber eine Große Koalition mit den Grünen in der Opposition als unbestechliche Wächter, als eine Koalition nach dem Muster Schröder/Fischer. Mag das nach dem damaligen Wissen von Politikern noch hinnehmbar gewesen sein, haben sich schon heute die schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet, daß ohne einschneidende Maßnahmen die Biosphäre schon in wenigen Generationen Stück um Stück und schließlich ganz unbewohnbar werden wird.

Alle anderen Parteien dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen, die sich aus der unveräußerlichen Pflicht zur Bewahrung unserer aller Lebensgrundlagen ergibt.

Der dringende Appell an alle nachdenklichen Bürgerinnen und Bürger aller politischen Richtungen muß sein, in Massen in die Partei ihrer Wahl einzutreten und dort für die richtige Politik und die richtigen Politiker zu sorgen.

Besser wäre die absolute Mehrheit der Grünen, aber daran glaube nicht einmal ich so unmittelbar. Wenn aber statt bisher kläglicher 2 % mindestens 4 % der Wahlberechtigten Mitglied einer Partei sein würden, ließe sich die Zukunft jedenfalls in Deutschland vielleicht noch meistern. Die Deutschen haben die Pflicht, voran zu gehen. Nicht weil wir ach so tüchtig wären,

Postanschrift:

Waldtruderinger Str. 6

81827

München

(089) 4304127

alfred@mayer-online.net

sondern weil wir noch(!) die Mittel für eine zukunftsfähige Politik haben und die Welt sich nicht weiter darauf berufen können darf, daß wir zu den größten Umweltsündern gehören. Us dieser Sicht werden wir besonders gern als Vorbild genommen.

Mehr dazu auf www.demokratievonunten.blog.de
Und auf Youtube: http://www.youtube.com/watch?v=LOH8tv0ngwE

Alle Tendenzen, die Grünen zur Volkspartei zu machen, es also im Interesse der „Wählbarkeit“ allen recht machen zu wollen, müssen endlich sehr schnell begraben werden. Wir haben leider schon bis zum letzten Augenblick gewartet, in dem noch weltweit möglich sein könnte, die Lebensgrundlagen für Zehntausende von Generationen nach uns zu bewahren. Die dereinst letzte Generation sollte nicht fragen können, warum wir der Veruntreuung der Lebensgrundlagen weitgehend tatenlos zugeschaut haben.

Meine Kandidatur wird auch beweisen, dass die Grünen endlich Basisdemokratie verwirklichen. Allein die Basis darf ohne jede Vorauswahl durch irgendwelche Gremien die beiden Spitzenkandidaten bestimmen.

Als die SPD einst Ähnliches versuchte, hatte die Basis nur die Wahl zwischen zwei vorgegebenen Kandidaten Schröder und Scharping.

Die Grünen gehen einen Schritt weiter und hätten noch einen Schritt weitergehen können, nämlich die Vorgabe, daß die absolute Mehrheit erforderlich ist, um gewählt zu sein. Erst eine Stichwahl würde dann entscheiden, wenn die absolute Mehrheit nicht zustande käme.

Erst dann hätten die weniger bekannten Bewerber eine Chance.

Bei dem gewählten – nicht so ganz demokratischen – Verfahren wird die Wahl unter den bekannten Bewerbern entschieden. Die Chancengleichheit ist nicht gewahrt.

Die Münchner Grünen haben bei der Urwahl der OB-Kandidatin das Erfordernis der absoluten Mehrheit vorgesehen. Da es nur drei Kandidaten gab, konnte allerdings die Stichwahl gleich elegant vorweggenommen werden.

Im Gegensatz zu den bisher vorliegenden Bewerbungen findet sich bei mir ein klares Programm ohne vorauseilende Rücksichtnahme auf mögliche Koalitionspartner.

Meine Programmpunkte, die nur ein Auszug sein können, zielen auf die absolute Mehrheit im Bundestag, die mir bei klaren Zielen als erreichbar erscheint, ohne die die Menschheit verloren ist. Ich gehe von einer sehr ernsten Lage aus, die mich ja auch antreibt.

Die Grünen haben die Bewahrung der Lebensgrundlagen übernommen und dürfen nicht schon in ihrem Programm Kompromisse und Sollbruchstellen einbauen. Es darf keine grünen Inhalte geben, die mit ökologischem Denken nicht zu vereinbaren sind.

In diesem Sinne gehören alle Kandidaten auf den Prüfstand. Auch wenn es um die Aufstellung der Landeslisten geht.

Bei mir wäre insbesondere mit folgenden Inhalten zu rechnen: Darauf würde ich meinen Eid als Volksvertreter leisten.

1. **Keine Futtermitteleinfuhr mehr**
2. **Subventionen nur noch für den ökologischen Landbau**
3. **Verbot der Verstromung, Verdieselung und Ähnlichem von Lebensmitteln;** stattdessen Rückkehr zu Photovoltaik auf Freiflächen, die die 50fache Effizienz von Biogas aus auf gleicher Fläche erzeugter Biomasse hat
4. **Werbeverbot für Tabak und Alkohol**
5. **Ende der Drogen-Prohibition**
6. **Vollversicherung für Arbeitslosigkeit oder besser Einfuehrung des bedingungslosen**
7. **Bedingungsloses Grundeinkommen** anstatt einer erbärmlichen Gängelung von HartzIV-Berechtigten (Bitte nicht -Empfängern).
8. **Mindestens Verdopplung der Mineralölsteuer zur Finanzierung der Sozialsysteme**
9. **Nachvollziehbare, tragbare Preise bei der Bahn bei gleichzeitiger Verteuerung des Auto- und Flugverkehrs**
10. **Schluß mit der fünffachen Subventionierung des Flugverkehrs**
11. **Keine Aufnahme von Staatsschulden mehr, die ein Vorgriff auf Wirtschaftswachstum sind**
12. **Einführung einer hohen Vermögenssteuer als wesentlicher Teil der Staatsfinanzierung**
13 .**Luxussteuern für Pkw mit mehr als 30 kW**
14. **Starke progressive Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen über 60.000 Euro.** Warum ist bei 500.000 Euro der gleiche Steuersatz maßgebend wie bei 60.000 ??

Rückkehr zu Einfuhrzöllen für Waren, die auch im Lande erzeugt werden können.

15. **Sofortiger Radwegebau an allen Bundesstraßen. Bis dahin Stopp allen sonstigen Straßenbaus des Bundes.**
16. **Starke Besteuerung von Einwegflaschen und sonstigen Einweggebinden neben dem Pfand**
17. **Beherzte Förderung des Elektroautos für die Bereiche die ohne öffentlichen Nahverkehrs sind**
18. **Elektrifizierung aller Bahnstrecken**
19. **Ausstattung aller eingleisigen Bahnstrecken mit modernster Sicherungstechnik, damit es niemals mehr einen Frontalzusammenstoß geben kann**
20. **Die unmenschlichen Einschränkungen des Asylrechts aufheben bei gleichzeitigem Stopp der Anwerbung „wirtschaftlich erwünschter „ Zuwanderer. Asylbewerber müssen nicht unbedingt auf Händen getragen werden, sie dürfen aber nicht trickreich daran gehindert werden, überhaupt einen Asylantrag stellen .**
21. **Wirtschaftsförderung in der Region München einstellen, um das Wirtschaftsgefälle innerhalb der Republik nicht immer noch größer zu machen. Hier fehlen die Wohnungen, dort die Arbeitsplätze und umgekehrt.**
22. **Abgeordnetenbestechung noch vor der Wahl unter Strafe stellen.**
23. **Die „Märkte“ dürfen nie mehr zum Maßstab für die Politik werden. Ihre Reaktionen haben mit der Realität und mit Vernunft nichts zu tun. Sie werden von Glücksspielern gesteuert. Gerne hätte ich gewußt ob jemals ein grüner Mandatsträger auf diesen Umstand aufmerksam gemacht hat.**

Herzlichen Dank an alle, die es bis hierher geschafft haben. Ich hoffe sehr, daß Ihr einen Kandidaten herauszufinden versucht, der ähnlich konsequent zu handeln bereit ist.

Beste Grüße

Alfred Mayer

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Markus Meister

Kreisverband Kassel-Stadt

Sehr geschätzte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Liebe Genossinnen und Genossen,

nein, ich habe mich nicht in der Partei geirrt. Als politisch links denkender Mensch, kann ich mir erlauben Euch als grüne Mitstreiter so anzureden, hoffe ich. Ich habe mich nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, als Basismitglied für den Platz eines Spitzenkandidaten für Bündnis90/Die Grünen bei der Bundestagswahl 2013 zu kandidieren.

In aller Kürze zu meiner Person, ich wurde am 01.01.1978 in Kassel geboren und lebte bis Juli 2012 in Berlin, wo ich im Juni dieses Jahres mein Studium zum Diplom Hotelbetriebswirt an der Hotelwirtschaftsfachschule Berlin erfolgreich abgeschlossen habe. Ich bin seit Oktober 2010 Mitglied in unserer Partei und gehörte bis vor kurzem noch dem Kreisverband Berlin-Mitte an, bin aber gerade frisch nach Kassel gewechselt. Ich war in Berlin als Basismitglied bei einigen Partei- und Wahlveranstaltungen als helfende Hand im Einsatz, gehe auch selbst gerne als Interessierter auf politische Veranstaltungen oder Demonstrationen und bin ansonsten auch im Netz in Foren politisch aktiv. Seit August 2012 lebe ich in Kassel und Kaarst, arbeite als Controller bei einem großen Arbeitgeber in Mönchengladbach und versuche mein Beruf- und Privatleben pendelnd zu meistern. Das Leben in Berlin, dieser einzigartigen, lebendigen und politischen Stadt, fehlt mir allerdings schon jetzt! Ich hatte deshalb lange überlegt, ob ich nicht doch meinen Studienplatz an der HTW Berlin für Wirtschaft & Politik wahrnehmen sollte.

Nun aber zum eigentlichen Anliegen und was mich bewogen hat, mich um die Spitzenkandidatur zu bewerben:

Es wird bei uns immer betont, wir wären basisdemokratisch, müssen wieder näher beim Bürger sein, offen gegenüber

Postanschrift:

Uhlandstraße 1

34119

Kassel

(0561) 18811

graswurzeljetzt@yahoo.de

neuen Mitgliedern und diese in die Parteiarbeit erfolgreich einbinden. Das alles ist richtig und wir beweisen diese Nähe und Offenheit am besten, wenn wir neuen Gesichtern aus der Basis eine Chance geben und sie in solche Ämter wählen, vielleicht in meinem Fall an die Seite einer erfahrenen Kandidatin. Ich finde dabei die Idee einer Art ständigen Vertretung der Basis im Bundestag in Berlin sehr interessant und ein Angebot an alle Wähler, die anscheinend bei den letzten Landtagswahlen das Gefühl hatten, wir wären nicht mehr die Partei der Basisdemokraten!

Ich bin seit 2010 in unserer Partei und kann nur wenig Erfahrung oder gar andere Ämter durch jahrelange Parteiarbeit vorweisen. Ich bin aber engagiert und motiviert mit aller Kraft für die Partei zu arbeiten und unsere Ziele durchzusetzen, gerade die Ziele der eher linken sozial-liberal denkenden Basis. Ich bin überzeugt, wir Grünen haben 2013 eine tolle Chance unser Ergebnis weiter auszubauen und die konservativ-neoliberale Koalition abzulösen. Auch weil ich davon überzeugt bin, dass unsere Gesellschaft im Kern eine sozialliberale Gesellschaft ist. Wir Grünen können, da bin ich ganz sicher, als einzig wirklich sozialliberale Partei in Deutschland eigentlich nur weiter zulegen, aber nur wenn wir mit Inhalten und ehrlicher Arbeit überzeugen. Ein starkes eigenständiges Profil ist hierfür die Grundlage, allerdings immer getragen von der Mehrheit der grünen Basis und immer in der Bewahrung unserer Ideale, die wir nicht noch mal zum Wohle der Macht verraten sollten, wie es leider unter Kanzler Schröder zu oft der Fall gewesen ist!

Auch darüber hinaus müssen wir Grünen unser Profil stärken, stärken als offene und bürgernahe Partei. Glaubwürdigkeit in der Sache und den Positionen, basisdemokratische Debatten und Entscheidungen sind Grundsätze die wir, wie schon gesagt, wieder erstarken lassen müssen. Mehr Offenheit und Überzeugungskraft gerade auch gegenüber dem Wähler, der kein grüner Stammwähler ist. Wir verlieren uns parteiintern hin und wieder in Debatten über hundertprozentig politisch korrekte Formulierungen und tragen manch mal unsere Ziele und Beschlüsse wie unverrückbare Manifeste oder Glaubensbekenntnisse vor uns her. Jede Abweichung wird auch unter uns Parteifreundinnen und –freunden mit persönlicher Abweisung oder dem Absprechen ein richtiger Grüner zu sein bestraft. Wir sind aber keine Religionsgemeinschaft sondern eine Partei und die lebt auch von einer offenen und immer fairen Debatte über Ziele und Programme, kritischen Hinterfragen, neuen Ideen durch neue engagierte Menschen, die bei uns mitmachen möchten. Man kann Grüne sein und gern Auto fahren, man kann Grüner sein und die Frauenquote falsch finden, man kann Grüne oder Grüner sein und den ökologischen Landbau kritisch hinterfragen. Auch wenn ich nicht so denke, wir müssen auch andere Meinungen und Strömungen in der Partei dulden, um nicht zu verkapseln. Diesen Fehler machen leider viele Parteien, das beste Beispiel ist und bleibt die FDP, die auch zu spät erkannt hat, dass sie nur noch für 2% der Menschen Politik machen.

Wir sollten weiter überlegen, ob wir bei dieser Wahl wirklich mit den gleichen Gesichtern antreten sollten, die leider Bundeswehrkampfeinsätze, ALG II, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Steuersenkungen für Vermögende, Riester-Rente auf Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung zu verantworten haben?! Die gleichen Gesichter die skrupellosen Spekulanten, Banken und „Heuschrecken“ durch sogenannte Entbürokratisierung die Möglichkeit gaben sich frei auszutoben. Das Ergebnis des Ganzen wird uns die nächsten Jahre, wie heute, leider weiter beschäftigen. Ich denke nicht, dass wir unsere höheren Ergebnisse bei Wahlen und in Umfragen der aktuellen bundespolitischen Spitze zu verdanken haben. Im Gegenteil, wir wurden nicht wegen dieser Köpfe sondern unserer starken Inhalte gewählt. Bundespolitische Prominenz an der Spitze hat am Ende eher geschadet (siehe Berlin)!

Wenn es wirklich stimmen würde, dass wir unsere guten Ergebnisse bei Landtagswahlen der bundespolitischen Spitze zu verdanken haben, dann wäre es ja ein schwerer strategischer Fehler gewesen, jahrelang mit Joschka Fischer an der Spitze bei Bundestagswahlen anzutreten und Claudia, Jürgen und Renate im Schatten stehen zu lassen. Dieser Person und dem Personenkult um diese Person alles unterzuordnen und dann Ergebnisse um 8% zu erzielen! Wie gesagt, das Gegenteil stimmt! Wir sind wegen der Inhalte stark und Personenkult oder die alleinige Fokussierung auf Köpfe schadet uns mehr als es uns nutzt.

Das heißt nicht, es darf kein Profi sein, es sollte im besten Fall zumindest ein Profi im Spitzenduo sein. Wo aber sind die gerade auch weiblichen Alternativen aus der Landespolitik, denen wir zum Großteil die Erfolge bei Landtagswahlen zu verdanken haben? Im Grunde geht es genau darum, wieder eine echte Alternative für die Wählerinnen und Wähler zu sein und zu unseren neuen Wählern die alten StammwählerInnen zurückholen, die sich aufgrund der alten Zeiten von uns abgewandt haben. Schaffen wir das, werden wir mit Ergebnissen von 15-25% auf lange Sicht die drittstärkste Kraft in Deutschland bleiben. So geht an uns kein Weg als ökologisch-linksliberale Kraft vorbei und wir können unsere Ziele und Visionen zum Wohle aller Menschen verwirklichen. Für ein sozialeres, bunteres, toleranteres, freieres, menschen- und umweltfreundliches, ein grünes Deutschland mit positiver Strahlkraft nach Europa und in die Welt!

Dass die Bundesrepublik und die Europäische Union ein Territorium bleibt, wo alle Menschen in Freiheit und Frieden leben können, ist ein ganz persönliches Anliegen von mir. Ich habe Angst vor nationalistischen und religiösen Eiferern die Krisen und Unsicherheiten nutzen, um gefährlichen Einfluss, gerade auch bei jungen Menschen, zu erhaschen. Demonstrationen, Beschlüsse und Grundsatzpapiere sind gut, sie reichen aber nicht, da sie nur die erreicht, die sowieso nicht anfällig für diesen Populismus sind. Auch hier, müssen wir uns wieder bemühen über die altbewährten Rituale hinaus aktiv zu sein. Wir brauchen Grüne Sozialbüros und Sozialsprechstunden, an die sich Menschen gerade in strukturschwachen Regionen wenden können und wir ihnen helfen. Wir brauchen Grüne Bürgerfeste, Grüne Sport- und Grüne Kinderfeste in diesen Gemeinden und Städten und müssen auch hier eine bürgernahe und demokratische Alternative besonders zu rechtsradikalen Parteien sein!

Zum Schluss, möchte ich noch mal an uns alle appellieren:

Wir, die Basis haben diesmal die Möglichkeit unsere Kandidaten zu bestimmen und noch wichtiger unsere eigenen Themen und die Gewichtung dieser Themen selbst zu setzen. Lasst uns diese Chance einfach nutzen, haben wir den Mut uns durchzusetzen! Schaffen wir das, sind die Kandidaten zweitrangig. Der Inhalt ist entscheidend!

Es liegt in unserer Hand, soll alles so weitergehen wie bisher, sind die prominenten Damen oder Jürgen der richtige Mann. Denkt Ihr so wie ich, wählt Ihr eine der vier Alternativen. Für ein Basismitglied im Bundestag, das Euch nicht vergisst, da bin ich ganz sicher! Das kann ich für meine Person zumindest auch versprechen.

Da ich kein Profi bin, der mit Politik sein Geld verdient, kann ich leider aus beruflichen Gründen nur an wenigen Regionalkonferenzen teilnehmen. Ihr könnt mich aber unter der Email graswurzeljetzt@yahoo.de oder der angegebenen Adresse für weitere Fragen, Meinungs- und Diskussionsbeiträge, Ideen und Anregungen erreichen.

Ansonsten wünsche ich uns allen eine spannende Zeit und viele interessante, kritische und gehaltvolle Gespräche und später einen guten Start in den Wahlkampf zur nächsten Bundestagswahl, auf dass das schwarz-gelbe Elend ein Ende hat!

Euer

Markus Meister

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Friedrich Wilhelm Merck

Kreisverband Harburg

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

meine Absicht ist es, die ganze Mächtigkeit GRÜNER Politik mit Augenmaß, Vernunft und Zielperspektive positiv zur Geltung zu bringen.

Als Vorsitzender der Kommission der Europäischen Föderalisten für Europäische Verfassung habe ich hierzu in jahrzehntelanger Vorarbeit notwendige Voraussetzungen für die Einigung Europas und das politische Überleben der Völker und Regionen in Frieden und Freiheit mit erarbeitet und auf den Weg gebracht. Nach meiner Mitwirkung bei der Gründung unserer Partei und der Hamburger Gebietsverbände in den Bezirken sowie auf Landesebene sind DIE GRÜNEN – Hamburg mit mir als Landesvorsitzendem zur Bundestagswahl 1980 angetreten.

Für die bestehenden Krisenerscheinungen im Währungs- und Finanzbereich stehen den fachlichen Horizont der Finanzbranche überschreitende Lösungsansätze bereit, eine Besserung der Verhältnisse einzuleiten. Entscheidend ist, daß wir bei ihrer Verwirklichung die Achtung der Menschenwürde sowie die Grundrechte aller Menschen und die demokratischen Grundlagen der staatlichen Gemeinschaft stärken, einhalten und verwirklichen.

Eingebettet in die Vielfalt Eurer Aktivitäten und Möglichkeiten, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, werden Wählerinnen und Wähler gern gemeinsam mit uns den Weg in eine nachhaltig l(i)ebenswerte Zukunft ebnen und gestalten wollen. Meine Aufgabe wird es sein, Euch ebenso wie die Wählerinnen und Wähler im Wahlkampf mitzureißen und später in der Debatte des Deutschen Bundestages zu zeigen, wo es mit GRÜNER Politik lang geht, und dabei für die nötige Klarheit zu sorgen sowie langjährige Erfahrung und meinen Einsatz dazu beizusteuern, daß wir mit Mut und Tatkraft ohne Scheu und Vorurteile die Herausforderungen gemeinsam und demokratisch meistern können.

Postanschrift:

Ernst-Merck-Straße 12-14

20099

Hamburg

0171 - 9836240

friedrich_wilhelm_merck@t-online.de

Mit grünen Grüßen und freundlicher Empfehlung

Friedrich Wilhelm Merck

Geboren: 1945
Abitur: 1964

Studium der Physik mit Wahlfach Analytische und Angewandte Systemtheorie
10 Jahre Expreßdienst

Wissenschaftliches Arbeitsgebiet im Grenzbereich von Quantenphysik und Informatik, unerwartete Entdeckung einer „neuen Art von Weltformel“

Verwirklichung von RE-Projekten im Orient (Strom aus Wasserkraft und Windenergie)

Geschäftsführer eines Unternehmens der Logistikbranche

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Claudia Roth

Kreisverband Augsburg

Claudia Roth
Für klare Konturen und grüne Glaubwürdigkeit

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ihr haltet die Unterlagen für die Urwahl der grünen SpitzenkandidatInnen zur nächsten Bundestagswahl in Händen. Als erste Partei gehen wir diesen Weg. Mit einem transparenten Bewerbungsverfahren – jede grüne Frau, jeder grüne Mann, jede grüne Person konnte sich bewerben. Und bei der Stimmabgabe seid Ihr alle am Zug. Bei uns entscheidet die Basis. Das ist innerparteiliche Demokratie und Teilhabe. Und genau das macht den Unterschied!

Und natürlich gilt die grüne Frauenquote, unser Erfolgsmodell. Das sind starke Botschaften, um mit der ganzen Partei in den Wahlkampf 2013 zu starten – mit Fairness, Mut und Glaubwürdigkeit, mit Respekt und Wertschätzung in einer immer größer werdenden grünen Familie.

Mit meinem Schreiben möchte ich mich um einen der beiden Spitzenplätze bewerben und mit Euch allen für ein europäisches Deutschland, für eine soziale, ökologische und demokratische Zukunft kämpfen. Ich bin überzeugt, wir können 2013 den Politikwechsel schaffen, wenn klar ist, wofür wir stehen, mit klugen Konzepten und einem deutlichen Profil als Alternative zu Schwarz-Gelb.

Klima – Hunger – Finanzen: Die drei großen Krisen zusammen denken

Die Bundestagswahl findet in einer Zeit großer Verunsicherung statt. Die Finanzkrise ist eine reale Gefahr. Unsere grüne Antwort heißt: tiefere Integration und weitere Demokratisierung Europas. Europa ist das große Friedens- und Verständigungsprojekt, für das wir ohne Besserwisserei, ohne erhobenen Zeigefinger und mit viel Empathie und Verständnis für die Ängste

Postanschrift:

Maximilianstraße 17

86150

Augsburg

claudia.roth@gruene.de

www.claudia-roth.de

www.facebook.com/Roth

und Lebensrealitäten der BürgerInnen eintreten. Eine Renationalisierung, wie Populisten aus der Union sie propagieren, ist eine gefährliche Sackgasse. Und der üble Neochauvinismus aus der CSU ist Gift für den europäischen Zusammenhalt.

Doch es gibt weitere große Krisen. Der Klimawandel hat monströse Ausmaße angenommen, mit Dürrekatastrophen, dem Abschmelzen des Eises an den Polen, einer dramatischen Abnahme der Biodiversität und unfassbaren Prognosen zur Erderwärmung. Das alles geschieht, während Klimakonferenzen in Serie scheitern und eine selbsterklärte Klimakanzlerin keinen Finger rührt.

Und die Hungerkrise bedroht über eine Milliarde Menschen. Sie ist die große vergessene unter den globalen Krisen, begleitet von Flucht, Krieg und brutaler Ausbeutung. Es liegt an uns, auch diese Krise zu thematisieren, zumal ihre Ursachen vorrangig in den reichen Industrieländern liegen, in der Art, wie wir produzieren, Ressourcen verbrauchen, Handel treiben und konsumieren.

Hunger – Klima – Finanzen, das sind die drei großen Krisen in der Einen Welt. Eine Politik, die sie in ihrem inneren Zusammenhang angeht und bekämpft – das ist die große Aufgabe für unsere Partei, für grüne Regierungsverantwortung, vielleicht „die“ historische Herausforderung, jetzt, 32 Jahre nach unserer Gründung.

Und weil die Probleme so schwer wiegen, braucht es Mut zu konkreter Utopie, begeisternde Ideen und verändernde Gestaltungskraft: In welchem Land wollen wir leben? In welchem Europa? In welcher Welt? Dass die Bundesregierung keinen Kompass hat, keine Ziele und Visionen, demonstriert sie quälend seit fast drei Jahren. Damit verschärft sie die Probleme, statt sie beherzt anzugehen. Grüne Antworten machen den Unterschied. Das muss auch im Wahlkampf spürbar sein.

Grüne Grundwerte für eine andere Politik

Bei der Entwicklung und Schärfung unserer Inhalte gibt es einen erfolgversprechenden Weg, den ich uns allen von Herzen empfehle: sich nicht einschließen im „Palazzo“, sondern dorthin gehen, wo es weh tut – zur Kindertafel, um zu sehen, was Armut im Kindesalter bedeutet, auf die Bauernhöfe, zu den MilchbäuerInnen, die von einer ruinösen Marktmacht bedroht sind, in Pflegeheime, AsylbewerberInnenheime, in Flüchtlingslager in Nordafrika oder an der syrischen Grenze, um zu sehen, was deutsche Regierungspolitik verdrängt, ausblendet und verschweigt und wo von Menschenwürde oft nur noch im Konjunktiv die Rede ist.

Sehen, was Not tut – das ist für mich der Ausgangspunkt. Und die grünen Grundwerte: Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie, die unser Grundsatzprogramm so treffend beschreibt, liefern die Grundkoordinaten für die politische Veränderung. Sie geben Orientierung für unsere Klimapolitik und den Kampf für die Energiewende, die ökologische und soziale Transformation unseres Landes – gegen eine schwarz-gelbe Koalition, die viel verspricht, ohne je zu liefern. Deswegen werden wir wachsam bleiben, damit der gerade von uns erzwungene Atomausstieg in Deutschland und die Energiewende auch Realität werden, und zwar so früh wie möglich. Und damit Schwarz-Gelb seine Unterstützung für aberwitzige AKW-Projekte in aller Welt endgültig beendet. Das Thema Atom ist noch lange nicht abgehakt! Das möchte ich mit Euch zusammen im Wahlkampf deutlich zeigen.

Unsere Werte geben Orientierung für unsere Umweltschutzpolitik und den Erhalt der Artenvielfalt,

den Schutz einer Natur, die mehr ist als bloße Verfügungsmasse in den Händen der Menschen. Und für unseren Kampf gegen eine industrielle Massentierhaltung, die lebende Kreaturen millionenfach quält und natürliche Ressourcen vergeudet. Unsere Politik wendet sich gegen menschliche Hybris und eine verantwortungslose Fortschritts- und Wachstumsideologie, die ohne den Gedanken der Nachhaltigkeit auszukommen glaubt.

Unsere Werte sind Richtschnur beim Engagement für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung, für bessere Bildung und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, für die Frauenquote, die wir auch in der Wirtschaft fordern, und gegen verlogene Debatten um ein sogenanntes Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting, die alte Rollenmuster zementieren. Unsere Werte stehen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, sei es aufgrund von Geschlecht, Alter, Krankheit, der sozialen Situation, Behinderung, Hautfarbe, Herkunft, Religion oder der sexuellen Identität. Meine konkrete Utopie für unser Zusammenleben ist die inklusive Gesellschaft, in der alle in ihrem So-Sein als Bereicherung erfahren werden und jede Möglichkeit haben, ihr Leben in Selbstbestimmung und mit den gleichen Lebenschancen zu führen. Ich will einen Staat, der den Menschen dient und nicht die Menschen zum Diener des Staates macht.

Die grünen Grundwerte schärfen unseren Blick im Kampf für eine gerechte Gesellschaft, für faire und echte Teilhabe, für eine Gesundheitspolitik, die allen Menschen Zugang zu einer guten Versorgung garantiert und eine Pflegepolitik, die die Menschenwürde schützt. Unsere Politik setzt dem Markt Regeln – für das Gemeinwohl und gegen blinden Eigennutz und eiskalten Neoliberalismus. Und ich sage auch deutlich, was nicht fair war an den Hartz-Reformen: dass sie den Schwachen viel aufbürdeten, während sie starke Schultern aus der Solidarität entließen. Deswegen kämpfe ich für eine gerechte Umverteilung. Große Vermögen und höhere Einkommen müssen einen angemessenen Beitrag leisten. Wir brauchen eine Entlastung der Schwächeren.

Unsere Werte sind auch Richtschnur beim Umgang mit der Nazi-Terrorgruppe NSU. Wenn diese viele Jahre unbehelligt eine Blutspur durch das Land legen und Menschen heimtückisch ermorden konnte, dann beben die Fundamente des demokratischen Rechtsstaates. Ich kämpfe für tiefgreifende institutionelle Reformen bei der inneren Sicherheit, für mehr Transparenz und für mehr demokratische Kontrolle. Sicherheitsbehörden dürfen nicht länger blinde Flecken in der Demokratie sein. Stellenneubesetzungen aus dem Küchenkabinett des Bundesinnenministers lösen kein Problem. Die Auflösung des MAD ist überfällig. Deutschland ist Heimat, die Sicherheit für alle garantieren muss. Dass Menschen nichtdeutscher Herkunft, auch 20 Jahre nach den schrecklichen Angriffen in Lichtenhagen und Mölln, hier weiter in Angst leben müssen, ist nicht hinzunehmen und muss uns alle beschämen.

Für mehr Demokratie und echte Teilhabe

Wenn der italienische Regierungschef Monti empfiehlt, dass Politik in Krisenzeiten sich in die Hinterzimmer zurückziehen sollte, kann ich davor nur warnen. Eine Politik, die demokratische Debatten und Abstimmungen und die Mitsprache der BürgerInnen als lästig empfindet, ist brandgefährlich. Denn aus der Demokratie in Krisenzeiten darf keine Krise der Demokratie werden.

Was wir Grüne in Kommunen, in den Ländern, im Bund und Europa täglich praktizieren, ist ein anderer politischer Stil, der auch im Wahlkampf 2013 deutlich werden muss. Mit einer Politik auf Augenhöhe, wie Winfried Kretschmann sie für Baden-Württemberg formuliert hat, einer Politik, die

zuhört und einbezieht. Deshalb fordern wir mehr Teilhabemöglichkeiten, mehr direkte Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene.

Die digitale Revolution ist ein wahrer Epocheneinschnitt, den ich grün gestalten möchte, mit einer konsequenten Politik 2.0, einer neuen Politik des Mitmachens und Mitgestaltens, mit erweiterten demokratischen Zugängen auch in unserer Partei.

Ich möchte die Chancen des digitalen Umbruchs auch in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur weiter erschließen, bei entschiedener Verteidigung der Freiheit im Netz. Dafür steht unsere grüne Netzpolitik – gegen bürgerrechtsfeindliche Kontrolle und hunderttausendfache Kriminalisierung von Internetusern, für die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Vergüten statt verfolgen“ sowie einen wirksamen Datenschutz auch im digitalen Zeitalter. Weder WissenschaftlerInnen und Kreative noch die NutzerInnen dürfen Verlierer der neuen Möglichkeiten sein. Und natürlich haben Künstlerinnen und Künstler das Recht, von ihren Leistungen zu profitieren. Ich kämpfe deshalb für einen fairen Interessensausgleich beim Urheberrecht.

Auch im arabischen Frühling haben die neuen digitalen Medien eine wichtige Rolle gespielt. Millionen couragierte Frauen und Männer haben Despoten gestürzt und eine wahre Revolutionierung der Verhältnisse vollbracht. Es liegt auch an unserer solidarischen Unterstützung, an einer guten wirtschaftlichen, kulturellen und Bildungszusammenarbeit, dass die Pflänzchen der Demokratie in der Region wachsen und gedeihen und der arabische Frühling vor allem für Frauen nicht zu einem arabischen Winter wird.

Die von der Bundesregierung geplanten Panzerlieferungen ausgerechnet an Saudi-Arabien und Katar sind keine Unterstützung, sondern eine wahre Blutgrätsche für die Demokratisierungsprozesse in der Region, deren aktuelle Konflikte in Syrien oder rund um Iran sich zu einem Flächenbrand ausweiten können. Auch deshalb brauchen wir endlich eine restriktive Rüstungspolitik, schärfere Rüstungsexportkontrollen und ein verbindliches Rüstungsexportgesetz. Das derzeit praktizierte „Anything Goes“ der Bundesregierung ist das Gegenteil der von ihr behaupteten menschenrechtsorientierten Außenpolitik.

Für einen glaubwürdigen und authentischen grünen Wahlkampf

Unsere grünen Werte sind keine Sahnehäubchen für politischen Sonntagssprech, sondern verlässliche Richtschnur unseres Handelns. Sie sind die Basis für grüne Glaubwürdigkeit und dafür, dass immer mehr Menschen sich vorstellen können, grün zu wählen. Hier liegt ein Schlüssel zum grünen Erfolg. Das habe ich auch in den mehr als 40 größeren Wahlkämpfen gespürt, die ich als Bundesvorsitzende begleiten und mitgestalten durfte. Wir haben große, zum Teil fantastische Erfolge erzielt und sind jetzt in allen 16 Landtagen vertreten. In fünf Ländern sind wir an der Regierung. Und in Baden-Württemberg führen wir erstmals eine Landesregierung an. Doch wir haben keinen Grund, uns selbstzufrieden zurückzulehnen. Die Ablösung von Schwarz-Gelb im Bund bleibt ein hartes Stück Arbeit. Doch sie ist möglich, wenn grüne Werte, wenn Authentizität und Glaubwürdigkeit auch den Bundestagswahlkampf 2013 prägen.

Dafür brauchen wir klare inhaltliche Konturen. Es bringt uns nichts, in alle Richtungen zu blinken, um eine vermeintlich universelle politische Anschlussfähigkeit herzustellen. Das ist nicht der grüne Weg. Und wir wären falsch beraten, Minderheiten, die auf uns zählen, den Rücken zu kehren, um

vermeintlichen Mehrheiten hinterherzulaufen. Natürlich kämpfen wir weiter um gleiche Rechte für Lesben und Schwule, stehen zu Flüchtlingen, sind solidarisch mit Migranten und kujonieren sie nicht mit einer autoritären Anpassungspolitik.

Auch persönlich werde ich meine Ecken und Kanten nicht abschleifen, sondern weiter klar sagen, was Sache ist. 2013 haben wir die Chance, unsere Erfolgsserie fortzusetzen, mit einem Bundestagswahlkampf, der breit einbezieht, nicht abgehoben, sondern mit Bodenhaftung, mitten drin in der Gesellschaft – dialogisch, ehrlich, echt.

Wir wissen um unsere Stärken, unsere Diskussionskultur, unsere diskursive Kraft, aber auch um grüne Lebenslust und Leidenschaft. Und auch die möchte ich einbringen, denn wir gewinnen nicht mit angezogener Handbremse, sondern mit feurigen Veranstaltungen, mit Klugheit, Witz und kreativen Formaten, auf den Marktplätzen der Republik, nicht nur in den grünen „Hauptstädten“, sondern auch im ländlichen Raum, wo es immer mehr Hochburgen gibt, in sozialen Brennpunkten, in Kreativquartieren, im ganz „normalen“ Kiez. In einem Bundestagswahlkampf, der Studies und JungwählerInnen ebenso anspricht wie alte Menschen, Menschen in prekärer Situation oder ein weltoffenes Bürgertum. Ein Wahlkampf, der deutlich macht, dass Frauen die Mehrheit sind in der Gesellschaft, und in dem wir Minderheiten zusammenführen in einer bunten Regenbogenkoalition.

Für den Politik- und Regierungswechsel 2013

Bei der Bundestagswahl 2013 haben wir

- alle Chancen, eine unfähige und desolate schwarz-gelbe Regierung aus dem Amt zu vertreiben – zusammen mit dem neoliberalen Mehltau über dem Land,
- alle Chancen, unser historisch bestes Bundestagswahlergebnis zu erzielen und uns deutlich als drittstärkste Kraft zu etablieren,
- alle Chancen, in grüner Eigenständigkeit mit der Sozialdemokratie zusammen eine Reformregierung zu bilden, so wie es sie in vielen Bundesländern schon gibt.

Und davor haben wir alle Chancen, auch in Niedersachsen und in meiner Heimat Bayern Schwarz-Gelb abzulösen, denn der liebe Gott hat Bayern nicht der CSU vermacht und Niedersachsen war noch nie so grün wie heute.

Es ist die grüne Eigenständigkeit, die den Politikwechsel ermöglicht. Der Wiedergänger einer Großen Koalition 2013 – das wären noch einmal vier Jahre Stillstand und Enge, nach dem politischen Totalausfall von Schwarz-Gelb seit 2009. Das kann sich unser Land nicht leisten. Die Alternative, die 2013 zur Wahl steht, heißt Rot-Grün oder Große Koalition. Und gegen eine Wahlkampfverweigerung à la Merkel und den Versuch, Deutschland mit politischer Scheinidylle als potemkinsches Dorf zu plakatieren, wird der grüne Wahlkampf klare Zeichen setzen.

Als Bundesvorsitzende durfte ich mit Euch an vielen Orten für den politischen Wechsel kämpfen. Um Euer Vertrauen bitte ich auch jetzt, wenn ich Euch meine Bewerbung als Spitzenkandidatin vorlege. Diese Funktion ist nach den grünen Inhalten wichtig für grüne Sichtbarkeit und Schlagkraft, in einer Phase besonderer politischer Zuspitzung. Die Entscheidung liegt bei Euch, bei den grünen Frauen und Männern, die vor Ort den Wahlkampf führen.

Meine Arbeit als Bundesvorsitzende leitet stets der Gedanke an das grüne Gesamtprojekt: Debatten führen im Geist des Zusammenhalts, um unsere politische Durchsetzungsfähigkeit zu stärken, um die grüne Handschrift erkennbar zu machen auch im Umgang mit neuen Fragen, um der grünen Identität ein Gesicht zu geben, auch bei schwierigen Themen, bei denen keine einfachen Antworten möglich sind – das war, ist und bleibt mein Anliegen.

Wie immer Eure Entscheidung ausfällt, eines ist doch klar: Danach heißt es mit aller Kraft gemeinsam kämpfen für den grünen Sieg, mit engagierten Menschen in der Zivilgesellschaft, in Ökologie- und Menschenrechtsgruppen, in Protestbewegungen, die auch an uns kritische Fragen haben, in Gewerkschaften und Kirchen, bei aufgeschlossenen Mittelständlern, bei Menschen aus Sport und Kultur. Wir brauchen die gesellschaftliche Mehrheit, um eine politische daraus zu schmieden – eine Mehrheit für die ökologische und soziale Transformation unseres Landes in Europa, für eine konstruktive Rolle der Bundesrepublik in der Einen Welt.

Let´s make the world a better place!
Für eine bessere, ökologischere, sozialere Republik!

Eure

Lebenslauf
Geboren 1955 in Ulm, aufgewachsen in Babenhausen im bayerischen Schwaben. Frühes Engagement als Schulsprecherin und bei den Jungdemokraten. 1974 Hospitanz am „Landestheater Schwaben“ in Memmingen. Nach zwei Semestern Theaterwissenschaft an der LMU München Wechsel in die Dramaturgie der „Städtischen Bühnen Dortmund“, nach zwei Spielzeiten Wechsel an‘s „Hoffmanns-Comic-Teater“ in Unna. Ab 1981 Leben und Arbeit mit Rio Reiser und „Ton Steine Scherben“ in Fresenhagen. Unterstützung der Band für Die Grünen in Brokdorf, bei der 100-Km-Menschenkette Stuttgart-Ulm und Wahlkampfauftritten in Baden-Württemberg, Hessen und Saarland. Sommer 1985 Pressesprecherin für Die Grünen im Bundestag. Sommer 1989 Einzug als grüne Abgeordnete ins Europaparlament. 1994 erfolgreiche Einbringung des „Roth-Berichts“ über „Gleiche Rechte für Schwule und Lesben in Europa“. Zusammen mit Wolfgang Ullmann Spitzenkandidatin für die Europawahl 1994, danach Fraktionsvorsitzende im Europaparlament. Seit 1998 für den Wahlkreis Augsburg im Bundestag, Vorsitzende des neu eingerichteten Ausschusses für „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“. Von 2001 bis 2002 und seit 2004 Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. 2002 bis 2005 Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, kulturpolitische Sprecherin und Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe im Bundestag. Seit 2007 Mitglied der Kulturstiftung des Deutschen Fußballbundes. Seit 2011 Beauftragte für Umwelt- und Klimaschutz in der „Kommission Nachhaltigkeit“ des DFB. Verantwortlich für die DFB-Umweltkampagne. Gegenwärtig Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages, Fraktionssprecherin und Obfrau im Bereich Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Mitglied u.a. bei der Humanistischen Union, im LSVD und bei Pro Asyl.

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Hans-Jörg Schaller

Kreisverband Ludwigsburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Bewerbung um die Position des Spitzenkandidaten widme ich meinem viel zu früh verstorbenen Freund Armin Zeeb. Armin und ich haben unter anderem über zwölf Jahre im Landtagswahlkampf (WK13) in Baden-Württemberg für Direktwahlen geworben. Gründungsmitglied Armin hätte sich über diese Direktwahl bei den „Erfindern der Basisdemokratie“ (Stern, 20.8.12) schon deshalb ganz besonders gefreut, weil sie die echte Möglichkeit bietet, alte Verkrustungen aufzubrechen. Ich bewerbe mich an seiner statt.

Über handwerkliche Mängel während der letzten Regierungsbeteiligung -wie z.B. beim Atomausstieg- wäre zu reden, sollte ich gewählt werden.

In dem Bewusstsein, dass eine Grüne Kanzlerschaft ansteht, wenn eine Kernkraftwerkskatastrophe vor der Bundestagswahl stattfindet, fordere ich Armins alten Freund Oswald Metzger als Experten auf, Finanzminister zu werden.

Als Verteidigungsminister bliebe nur eine Wahl, der treueste Wahlkampfgefährte jener Tage, der in jeder Hinsicht – auch bezüglich Afghanistan und des völkerrechtswidrigen Nato-Einsatzes im Kosovo - aufrechte Winne Hermann, der 2002 noch häufiger im Kreis Ludwigsburg präsent war – ganz im Gegensatz zum damals vor Ort nominierten Bundestagsabgeordneten und heutigen Vorstand. Minister kann er. Sogar ohne eigene Räume.

Auf die mehrseitige Wiedergabe des Parteiprogramms in eigenen Worten verzichte ich bewusst und bin natürlich gegen Armut und Hunger und für Frieden auf der Welt.

Ich entstamme dem OV Vaihingen/Enz und gehöre der 1960-er Kohorte an, die Mitte der 80er auf die Mutlanger Heide wanderte. Weitere Auskünfte erteilt bestimmt gerne

Postanschrift:

Mühsamstr. 34

10249

Berlin

schaller@fucking-hell.de

Armins liebe Frau Susanne, mit der ich am 14. Mai 1993 in Leipzig beim Vereinigungsparteitag war.

Ich bin Ingenieur mit Berufserfahrung, Vorstand eines Sportvereins sowie Mitinhaber einer Bierfirma. Beitrag bezahle ich beim BUND, epi und im Evangelischen Kirchenkreis Köln-Nord.

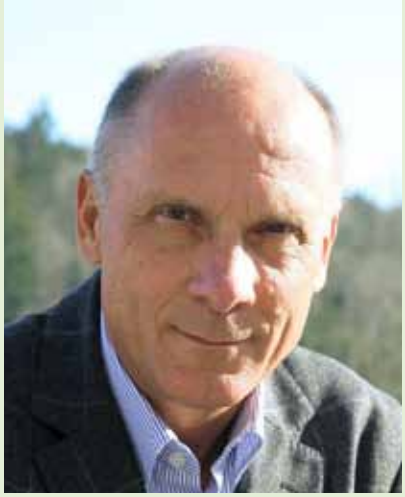
Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jörg Schaller

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Franz Spitzenberger

Ortsverband Sonthofen



Ich komme von der Basis und an der Basis nehme ich die Grünen wahr mit ökologischen Themen, Gleichstellung der Schwulen und Lesben, Verbesserung der Regelungen für Hartz IV und Asylbewerber – und neuerdings zu der Vergemeinschaftung der Schulden in Europa.

Bis auf die Ökologie nimmt der Wähler, uns, die Grünen, nicht ernst. Außer den ökologischen Themen, und bis auf die Vergemeinschaftung der Schulden, könnte man die oben genannten Themen als Hobby der Grünen betrachten.

Wenn wir, die Grünen, wirklich jemals gestalterisch in die Politik des Landes eingreifen wollen, dann brauchen wir mehr als 13% Wählerzustimmung. Dann müssen wir uns neben der Ökologie den weiteren Problemen annehmen, die die Bevölkerung beschäftigt.
Nachstehend meine Gedanken zu folgenden politischen Themen:

1) Rente
2) Mindestlohn
3) Europa
4) Schuldenkrise
5) Eurobonds - Griechenland
6) Kita- und Studiengebühren
7) Hartz IV
8) Integration / Einwanderung / Bürgerkriegsflüchtlinge / Asyl

1) Rente

Jedem ist klar, dass die Jahrgänge, die ab 2030 in Rente gehen werden, mit dem heutigen Rentensystem nicht auf Rosen gebettet sein werden.

Das bringt 2 Probleme mit sich:
a) die Rentner haben wenig Geld in der Tasche (können wenig konsumieren und kaum etwas zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beitragen).
b) viele Rentner werden zu Sozialfällen werden (mit den entsprechenden Konsequenzen für den Staatshaushalt).

Der Ausweg ist eine völlige Neugestaltung des Rentensystems.

Postanschrift:

Schillerstraße 7

87527

Sonthofen

Neben Arbeitsnehmern müssen alle, ob Unternehmer, Beamte oder Mandatsträger in die Rentenkasse einzahlen. Dies bildet einen Grundstock der Rente.

Für alle ist eine zusätzliche private Absicherung Pflicht – ebenfalls ein fester Beitragssatz vom Bruttoeinkommen. Um zu vermeiden, dass private Versicherungsgesellschaften durch Provisionen den Rentenanspruch verringern, ist zu prüfen, ob ein staatlicher Pensionsfond die Anlage und Verwaltung der eingezahlten Gelder übernehmen kann.

Der Arbeitgeber muss für alle Mitarbeiter eine Betriebsrente begründen; auch der Staat für seine Beamten und die Mandatsträger.

Der Übergang von den Pensionen zu Rentenleistungen wird sicher einiges Kopfzerbrechen bereiten. Es ist aber notwendig dieses Thema anzugehen, da die Länder enorme zukünftige Pensionslasten vor sich her schieben, besonders unter dem Blickwinkel der weiter ansteigenden Lebenserwartung.

2) Mindestlohn

Ein flächendeckender Mindestlohn wird den regionalen und strukturellen Unterschieden in Deutschland nicht gerecht. Es gibt Regionen mit hohen Lebenshaltungskosten und Regionen, in denen es sich vergleichsweise günstig Leben lässt.

2 mögliche Varianten sind unter anderem denkbar:

a) Ein gesetzlicher Mindestlohn, regional und branchenbezogen. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir von den Spartenvereinbarungen (z.B. Cockpit, Kabinenpersonal, Lokführer etc) wieder hin zu branchenbezogenen Vereinbarungen kommen, so wie dies früher der Fall war. Damit wird vermieden, dass in einer Branche mehrere Tarifverhandlungen und Streiks pro Jahr stattfinden. Die Zersplitterung in Spartengewerkschaften bringt in Summe der Belegschaft keine Vorteile, aber sehr negative Auswirkungen für die Unternehmen.

b) Ein Regelung, die vorschreibt, dass nur noch Branchenvereinbarungen zugelassen sind und dass in den Tarifverträgen Mindestlöhne pro Branche und Region zu vereinbaren sind.

3) Europa

Europa in der jetzigen Form - ich möchte es nicht missen. Aber ich möchte nicht, dass das Guinness in Schottland wie das bayerische Starkbier schmeckt oder das französische Baguette dem englischen Weißbrot ähnelt.

Die EU Kommission ist ein sich selbst nährender Moloch, der zwangsläufig nach immer neuen Aufgaben sucht, um sich die Existenzberechtigung zu erhalten. Es müssen klare Regeln geschaffen werden, was nationales Recht und nationale Kompetenz bleiben soll. Es ist auch notwendig festzulegen, in welchen Bereichen einheitliche Standards sinnvoll und notwendig sind.

In der Kommission arbeiten 33.033 Menschen (lt. Webseite der Kommission). Die Kommission ist auf Effizienz zu durchleuchten.

4) Schuldenkrise

Die neuesten Umfragen sehen die CDU/CSU in einem absoluten Hoch, die SPD und auch die Grünen verlieren an Zustimmung.

Öffentlich vertritt die Kanzlerin die Position: Keine Vergemeinschaftung von Schulden. In der Wirtschaftpresse aber ist zu lesen, dass die EZB von den EU Finanzministern gebeten worden ist, Griechenland eine Zwischenfinanzierung zu gewähren. Dies ist ganz klar eine Umgehung der vertraglich fixierten Regelungen -und geschieht mit Duldung der Kanzlerin.

Ebenfalls ist die Kanzlerin einverstanden, dass die EZB die Staatsanleihen von Staaten aufkauft, wenn die Zinsen nicht gewünschte Höhen erreichen.

Beides ist eine Vergemeinschaftung der Schulden, weil im Falle einer Pleite eines dieser Staaten, Deutschland gemäß seinem EZB-Anteil für den Zahlungsausfall haftet.

Ist den Bürgern bewusst, was da für ein Spiel getrieben wird? Die Grünen aber haben die Pflicht dies öffentlich anzuprangern – sie tun es nicht und schaden sich damit selbst.

In der „Neue Züricher Zeitung“ vom 3. Dez. 2011: „Was Europa von den Vereinigten Staaten von Amerika lernen kann“. Ohne die Überschrift und die Hinweise im Text auf die Vereinigten Staaten, hat man den Eindruck eine Beschreibung der Situation im heutigen Europa vor sich zu haben.

Der Artikel beschreibt den Zustand der Vereinigten Staaten in den Jahren 1790 bis 1850. Die Probleme wurden erst 1840 gelöst, als die Zentralregierung die Übernahme der Schulden von 9 Staaten verweigerte und in Folge diese 9 Staaten zahlungsunfähig wurden – es war dann allen Mitgliedstaaten klar, jeder muss sich selbst helfen.

5) Eurobonds

51% der im Wurzelwerk abgegebenen Stimmen (ca 900) haben für die Option votiert:

„Ja, ich bin für Eurobonds, aber die nationalen Haushalte müssen kontrolliert werden“.

Aufgrund der jetzigen vertraglichen Regelungen in Europa, ist es nicht möglich in die nationalen Haushalte einzugreifen. Selbst wenn diese Verträge kurzfristig bereitstehen würden (dauert aber einige Jahre), fast alle seit Maastricht geschlossenen Verträge wurden gebrochen. Ein Schuldnerland hat doch nichts zu verlieren – man hält sich einfach nicht an die Vereinbarung.

Griechenland

Jeder Staat in Europa hat eine andere Vorstellung von Sozial- und Wirtschaftspolitik und löst Probleme auf seine ganz spezifische Art und Weise. Es verbietet sich daher den Griechen vorschreiben zu wollen, wie sie ihre Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht bringen sollen.

Die EU kann das Problem Griechenland zum Beispiel wie folgt lösen:

a) Verzicht auf Zinszahlungen auf alle Schulden mit Stichtag x.
b) Aussetzung der Tilgung für die nächsten 5 Jahre.
c) Tilgungsplan für die Schulden gestreckt auf 30 Jahre.

d) Auszahlung der für Griechenland vorgesehenen EU Gelder ohne Einzelfallprüfung von Projekten; damit kann Griechenland die jetzt bestehenden Finanzlücken schließen.
e) Keine Schuldenübernahme durch die Euro-Mitgliedstaaten und keine Finanzierung durch die EZB.
f) Unter Umständen kann ein Zwischenkredit gegeben werden, der von Griechenland abgesichert werden muss; z.B. durch die Goldreserven. Dieser Kredit ist zu den marktüblichen Konditionen zu verzinsen.
g) Kapitalverkehrskontrollen (aber das liegt ausschließlich in der Hand der Griechen; könnte aber eine Bedingung sein, für den Zinsverzicht und den Tilgungsplan).

6) Kita- und Studiengebühren

Das Thema Studiengebühren gehört vom Kopf auf die Füße gestellt, da auch die Laufbahn von Studentinnen und Studenten in der Kita beginnt.

Die Erzeuger sind in dieser Altersphase des Kindes normalerweise jung, das Einkommen nicht üppig und die Kitagebühren mitunter sehr hoch.

Sind dann die Sprösslinge im Studentenalter, hat die Familie ein vielleicht besseres Einkommen und die Eltern sind Willens den/die StudentIn zu unterstützen.

Ich habe eine Freundin, die mit über 40 ein Studium begonnen hat und sie muss neben dem Studium arbeiten gehen, um Wohnung, Lebensunterhalt und Studiengebühren bezahlen zu können. Laut ihrer Aussage geht das.

Der Student kann also auch selbst etwas zu seinem Lebensunterhalt beitragen. Ferner gehört der Personenkreis, der ein Studium absolviert hat, in der Regel nach dem Studium zu der privilegierteren Einkommensgruppe und kann das eventuell in Anspruch genommene Darlehen in den Folgejahren abstottern.

11,5 % der Studenten kommen aus dem Ausland. Die Mehrzahl entstammt sicher privilegierten Familien (sonst könnten die Kinder nicht nach Deutschland kommen und hier leben). Wir sollten deshalb auch Studiengebühren für ausländische Studenten einführen – in vielen europäischen Ländern ist dies der Fall.

Um intelligenten Menschen aus einkommensschwachen Familien das Studium zu ermöglichen, haben die Hochschulen einen gewissen Prozentsatz der Studiengebühren in einen Topf einzubringen, aus dem Stipendien zu vergeben sind.

Wenn die Kassenlage des Staates überhaupt einen Verzicht von Gebühren zulässt, dann kann es sich aus sozialen Erwägungen heraus, nur um die Kitagebühren handeln, und nicht um die Studiengebühren.

7) Hartz IV

Es gibt in Deutschland Berufsgruppen, wie Friseure, Gastronomie, Einzelhandel und andere, die einen vergleichsweise niedrigen Lohn haben. Vergleicht man nun das Nettoeinkommen eines Alleinverdieners mit Frau und 2 Kindern aus diesen Berufsgruppen mit einer identischen Familie eines Hartz IV Empfängers, dann stellt sich der Hartz IV Empfänger in der Regel besser.

Dies gilt es zu korrigieren.

Die Gesellschaft hat die Pflicht, sich um Alte, Kranke und Schwache zu kümmern und um Menschen, die in Not geraten sind. Allerdings hat ein leistungsfähiger Arbeitsloser die Pflicht der Gemeinschaft etwas zurückzugeben. D.h., der Hartz IV Empfänger muss für die Gemeinschaft eine Gegenleistung = Arbeitsleistung erbringen.

Diese Regelung wird dazu führen, dass Arbeitslose schnell wieder für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Leistungsempfängern, die sich weigern für die von der Gemeinschaft erhalten Leistungen einen Ausgleich zu erbringen, oder Fortbildungsmaßnahmen nicht akzeptieren, sind die Leistungen auf ein absolutes Minimum zu kürzen. (Das heutige Existenzminimum ist ein statistischer Wert, der in vielen Regionen den realen Gegebenheiten nicht entspricht – sprich man kann auch mit weniger leben).

Ein Hartz IV Empfänger, der der Gesellschaft den Ausgleich für erhaltene Leistungen verweigert, muss auf Annehmlichkeiten verzichten.

8) Integration / Einwanderung / Bürgerkriegsflüchtlinge / Asyl

Integration

Ich habe im Ausland gearbeitet (Frankreich, England und Brasilien) und habe eine Südamerikanerin geheiratet.

Die dabei gemachten Erfahrungen bringen mich zu folgenden Schlussfolgerungen:

Fazit 1) Es gilt einheitliche und praxisgerechte Verfahrensweisen für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen bei Deutsch-Ausländischen Mischehen auf den Weg zu bringen.

Fazit 2) Für die Erlernung der deutschen Sprache ist es unabdingbar, dass man der Person, die eine Aufenthaltsgenehmigung bekommt, sofort eine Arbeitserlaubnis erteilt.

Fazit 3) In jedem Land der Welt wird ein Gast mit offenen Armen aufgenommen, solange er die Sitten und Gebräuche und die Gesetze des Gastlandes achtet und für sich selbst sorgt (auch in Deutschland ist dies so). Es versteht sich von selbst, dass nicht die Sitten und Gebräuche des Gastes, sondern die Sitten und Gebräuche des Gastlandes das Maß aller Dinge sind.

Fazit 4) Gelingt eine Integration nicht, dann liegt dies in der Regel an der mangelnden Bereitschaft der zu integrierenden Person, und nicht an dem Gastland, das sich ja nicht an die Vorstellungen eines jeden Gastes anpassen kann.

Einwanderung
Die Einwanderung sollte so geregelt werden wie in Kanada.

Abhängig von der Bildung, dem Lebensalter, dem Beruf, dem Familienstand, den Sprachkenntnissen und eines bereits existierenden Arbeitsverhältnisses, sowie weiteren Kriterien, werden Punkte vergeben. Wird die Mindestpunktzahl erreicht, wird die Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Im anderen Fall hat der Einwanderungswillige nur die Möglichkeit dem Staat ein hohes zinsgünstiges Darlehen zu geben und er bekommt ebenfalls die Aufenthaltsgenehmigung.

Bürgerkriegsflüchtlinge
Diese Gruppe wird durch Kriege gezwungen ihre angestammte Heimat vorübergehend zu verlassen. Am sinnvollsten verbleiben diese Menschen in einem ihnen vertrauten kulturellem Umfeld in der Nähe ihrer ursprünglichen Heimat. Dort fühlen sie sich bestimmt wohler als im fernen Deutschland und sie können nach Beendigung der Kampfhandlungen schnell wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Diese Vorgehensweise befreit uns allerdings nicht davon, hier Hilfe zu leisten. Im Fall Syrien müssen wir der Türkei unsere finanzielle und auch logistische Hilfe anbieten, da dieses Flüchtlingsproblem die Türkei vor ernsthafte Schwierigkeiten stellt und wir die Türkei mit diesem Problem nicht alleine lassen können.

Asyl
Wir leben in einer Zeit der modernen Völkerwanderung. In armen Regionen verschulden sich ganze Sippen, um für ein Familienmitglied die Schleuserkosten in das „gelobte Europa“ bzw nach Deutschland aufzubringen.

Leider sind wir nicht in der Lage, allen Menschen die diesen Weg gehen möchten, Arbeit und Brot oder soziale Unterstützung zu geben. Indem wir eine großzügige Asylpolitik betreiben und die finanzielle Versorgung von Asylbewerbern gemäß dem deutschen (statistischen) Existenzminimum vornehmen würden (es gibt entsprechende Bestrebungen), wecken wir Begehrlichkeiten und brechen einen Damm, der nicht mehr zu schließen sein wird. D.h., wir werden dem Zustrom an asylsuchenden Wirtschaftsflüchtlingen nicht mehr Herr werden.

Wir haben eine Pflicht, wirklich verfolgten Menschen Asyl zu gewähren. Diese Menschen wollen auch für sich selbst sorgen. Das heißt, sie müssen schnellstens einen vorläufigen Asylstatus bekommen mit dem Recht zu arbeiten. Damit legen wir auch den Grundstein, dass dieser Personenkreis sich schnell integriert. Im Umkehrschluss heißt dies aber auch, dass wir keine Wirtschaftsflüchtlinge akzeptieren dürfen. Es gilt strenge Kriterien festzulegen, unter welchen Bedingungen ein Antrag auf Asyl Erfolg hat, und die Personen die diese Bedingungen nicht erfüllen, gehören nach einer rasch durchzuführenden Prüfung wieder in ihr Heimatland zurückgeführt. Alle Personen, die ohne Papiere versuchen einzureisen, erfüllen die Kriterien für einen Asylantrag nicht, da versucht wird die wahre Herkunft zu verschleiern.

Wir haben allerdings die Pflicht, Menschen z.B. vor Lampedusa vor dem Ertrinken zu retten und müssen sie dennoch wieder in ihre Heimatländer zurückführen. Nur durch die konsequente Rückführung des für ein Asyl nicht in Frage kommenden Personenkreises, kann dieser leidvolle Kreislauf durchbrochen werden. Es werden dadurch auch die Menschenleben derer gerettet, die sich wegen der Aussichtslosigkeit eines Asylantrages gar nicht erst auf den Weg machen. Wir verhindern damit auch viel Armut, weil es keinen Sinn mehr ergibt, Schulden zu machen um das Geld für einen Schleuser zu beschaffen.

Besser als eine lockere Asylpolitik, mit den damit verbundenen unabsehbaren Belastungen für unseren Sozialhaushalt, ist es, in den armen Ländern Hilfe vor Ort zu geben; aber so, dass die Hilfe auch bei den Bedürftigen ankommt.

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Jürgen Trittin

Kreisverband Göttingen

Eine andere Politik ist möglich

Warum es auf uns GRÜNE ankommt

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich bei Euch als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2013. Mit der Urwahl betreten wir Grüne demokratisches Neuland. Ich freue mich auf einen spannenden Urwahl-Prozess und fruchtbare Diskussionen auf den Regionalkonferenzen. Ich bin mir sicher: eine andere Politik ist möglich. Und sie ist dringend nötig.

Bad Governance

Deutschland wird so schlecht regiert wie lange nicht. Selten hat es eine Legislaturperiode gegeben, die so von Lethargie und so wenig von Legislatur - also von Gesetzgebung - geprägt war. Schwarz-Gelb trat an, den Stillstand der großen Koalition zu überwinden. Nachdem die Träume einer nachholenden neoliberalen Revolution an der Wirklichkeit der Finanzkrise scheiterten, schalteten CDU, CSU und FDP auf Selbstblockade.

Schwarz-Gelb wurde so zur organisierten Verantwortungslosigkeit - in Kernfragen heillos zerstritten. Eine noch pro-europäische CDU liegt im Dauergezänk mit ihrer antieuropäischen Schwesterpartei aus Bayern und der in ihrer Existenz bedrohten FDP. Erpressung mit dem Koalitionsbruch und Kuhhandel sind zum durchgehenden Muster des Regierungsdiskurses geworden: Betreuungsgeld gegen Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus - und für die FDP fällt dann was für die Versicherungskonzerne und die Hotellerie ab.

Selten hat eine Regierung ihre Verfassungsverachtung so offen demonstriert. Vom Asylbeweberleistungsgesetz bis zum Wahl-

Postanschrift:

Lange Geismarstraße 73

37073

Göttingen

(030) 227-72247

juergen.trittin@bundestag.de

www.trittin.de

gesetz wurden schwarz-gelbe Gesetze in Serie vom Bundesverfassungsgericht kassiert.

Wenn sich die Koalition doch einmal bewegte, dann, weil Gesellschaft und Wirklichkeit sie zwangen. Die 180-Grad-Wende wurde zum Markenzeichen der zweiten Kanzlerschaft Merkels. Ob Abschied von der Wehrpflicht, Einstieg in die Kinderbetreuung unter 3 Jahren oder die Rolle rückwärts zum Atomausstieg, Schwarz-Gelb machte das Gegenteil des eigenen Programms zur Politik. Am Ende flehte die Koalition Opposition und Mehrheit im Bundesrat an, doch das eigene Meldegesetz zu kassieren, bevor es in Kraft trat.

Aber die erzwungene 180-Grad-Wende ist keine Basis für gute Politik. Bestes Beispiel: die Energiewende, die von der Regierung 2011 als Jahrhundertaufgabe ausgerufen wurde und die sie nun vor die Wand fährt. Dabei entscheidet ihr Gelingen über die Zukunft des Industriestandorts Deutschland in Zeiten beschleunigten Klimawandels. Die Welt schaut darauf, ob Deutschland der Umbau zu einer erneuerbaren, klimaverträglichen Energieversorgung gelingt. Schwarz-Gelb versagt.

Bad Governance in Deutschland ist auch eine Personalfrage. Ein Außenminister, der Langzeitarbeitslosen lieber „spätrömische Dekadenz“ nachsagt als für die Sicherung der Römischen Verträge zu streiten. Eine Frauenministerin gegen die Quote. Eine Wissenschaftsministerin, die plagiiert haben soll. Ein Verkehrsminister, der unter Lenkung versteht, Steuergeld nach Bayern umzulenken. Ein Innenminister, der innerhalb von drei Wochen sämtliche Sicherheitsbehörden Deutschlands enthauptet. Ein Umweltminister, der ein Jahr nach Beschluss der Energiewende verkündet, erst in einigen Monaten gäbe es einen Plan zu deren Umsetzung. Und ein Wirtschaftsminister, dessen „leichtfertiges Gequatsche“ (Jean-Claude Juncker) bei allen konservativen Regierungen Europas blankes Entsetzen auslöst.

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit der Union haben mit Christian Wulff und Karl-Theodor zu Guttenberg einen vernichtenden Schlag bekommen. Beide stehen heute als Synonym für einen Verfall politischer Kultur in der politischen Rechten, die sich sonst so gerne bürgerlicher Tugenden rühmt.

An der Wirklichkeit gescheiterte politische Programmatik und ein Personal, das es nicht kann – das sind die Gründe, warum Schwarz-Gelb elf Wahlen in Folge verloren hat.

Die Krise des demokratischen Kapitalismus

Die Selbstblockade Deutschlands hat dramatische Folgen für das gemeinsame Europa.

Die Krise, die Europa heimsucht, ist keine bloß ökonomische. In vielen makroökonomischen Daten steht Europa besser da als Japan oder die USA. Die Krise, die Europa heimsucht, ist eine politische. Europa hat nicht die Institutionen, um die Krise des Vertrauens in die zweitwichtigste Währung der Welt zu beenden. Und es hat keine regierenden Politiker mit dem Mut und der Kraft, diesen institutionellen Mangel durch entschlossenes Handeln auszugleichen.

Der Geburtsfehler einer Währungsunion ohne Krisenmechanismus und ohne Wirtschaftsunion ist auch vier Jahre nach Ausbruch der globalen Finanzkrise nicht behoben. Zu lange haben *Merkozy* die Krise dazu missbraucht, die vorhanden europäischen Institutionen zu schleifen statt zu stärken.

Der Zerfall der Eurozone und damit die Revision eines Kernstücks des gemeinsamen Europas sind zu einer realen Gefahr geworden. Deutschland blockiert bis heute die notwendigen Schritte hin zu mehr Europa – von einer Bankenunion bis zum Altschuldentilgungsfonds.

Den falschen Rezepten liegt eine falsche Analyse der Krise zu Grunde. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wird eine Krise mangelnder Bankenregulierung, hoher privater Verschuldung und extremer wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf eine bloße Staatsschuldenkrise reduziert, verursacht durch zu hohe Staatsausgaben - zu beheben durch Sparen und Rückführung des Staates. Das sind die alten Litaneien der neoliberalen Dekade.

Diese Bundesregierung hat es nie verstanden, dass mit der Finanzkrise 2008 der Neoliberalismus ans Ende gekommen ist. Nein, der Markt allein richtet es nicht. Ohne Staaten wäre das Bankensystem zusammengebrochen. Wir brauchen keine „marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel), sondern einen starken demokratischen Rahmen, damit Märkte funktionieren können.

Doch die *Krise des demokratischen Kapitalismus* (Wolfgang Streeck) geht tiefer. Es geht um einen grundsätzlichen Konflikt zwischen privater Aneignung und demokratischer Teilhabe. Mit dem Crash von 2008 sind alle Scheinauswege aus diesem Konflikt gescheitert. Es wird in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht mehr jene Wachstumsraten geben, die in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg überschäumende Gewinne wie reale Lohnsteigerungen zusammenbrachte. Den daraus entstehenden Verteilungskonflikt in die Zukunft zu verlegen, sei es durch Staatsverschuldung oder durch die private Verschuldung, trägt nicht mehr.

Umsteuern für mehr Teilhabe

Deshalb dürfen die Parteien der linken Mitte nicht zu kurz springen. Die Rückkehr zu einem falsch verstanden Keynesianismus, also zur Lösung der Verteilungskonflikte durch Verschuldung, ist keine Option. Das zeigt die aktuelle Krise. Die demokratische Politik ist durch Verschuldung - durch eigene Schuld - von den Finanzmärkten abhängig geworden. Dafür zahlt sie nun einen hohen Preis in Form hoher Zinsen.

Staatliche Aufgaben müssen aus Einnahmen finanziert werden. Wie schwer das ist, erleben wir in den Kommunen und Ländern. Wenn selbst der grüne Ministerpräsident im wirtschaftlich starken Baden-Württemberg tausende Lehrerstellen streichen muss, wenn hunderte Kommunen Nordrhein-Westfalens in der Haushaltsnotlage sind, dann sind das die harschen Nachwirkungen einer neoliberalen Dekade, in der „Markt vor Staat“ ging. Diese strukturelle Unterfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden nehmen wir Grüne nicht länger hin.

Die privaten Vermögen einer kleinen Oberschicht sind in den letzten Jahrzehnten explodiert. Die Rechte behauptet, das sei der Ausfluss von Leistung. Das ist nicht nur zynisch. Die überproportionale Aneignung der Produkte und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft durch Wenige ist kein Ausfluss von übermenschlichen Leistungen, sondern Resultat amoralischer und volkswirtschaftlich desaströser Politik. Durch die Aushöhlung der Kaufkraft und die Erosion der Mittelschichten bedroht sie die Existenz des demokratischen Kapitalismus selbst. Jahrzehntelang hieß es: „Wir können uns das nicht mehr leisten!“ Unsere Volkswirtschaft kann sich die exorbitante private Aneignung durch Renditen und Boni, bei Sozialisierung der Verluste, nicht mehr leisten.

Denn gute Kitas und Ganztagsschulen, in denen alle nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden können, kosten Geld. Öffentliche Räume, die ohne Barrieren auch für Behinderte umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, kosten Geld. Eine existenzsichernde verfassungskonforme Grundsicherung, die Menschen ohne Job ein Leben in Würde ermöglicht, kostet Geld. Nur eine handlungsfähige öffentliche Hand kann eine umfassende Teilhabe aller ermöglichen, nur sie kann überhaupt demokratische Politik umsetzen und ausüben.

Mehr Teilhabe gibt es nur mit mehr Staat. Wer also Teilhabegerechtigkeit will, muss umverteilen. Deshalb haben wir Grüne den Mut zu einer gestaltenden Politik, die die Verteilungsfrage nicht nur stellt, sondern auch beantwortet. Wir Grüne wollen eine einmalige befristete Vermögensabgabe für Millionäre einführen, um die Schulden aus der Krise abzubauen. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 49% erhöhen, die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer verdoppeln und die Ungleichbehandlung bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital abschaffen. So entstehen Spielräume für Investitionen in gesellschaftliche Teilhabe - und stabilere wirtschaftliche Verhältnisse.

Eine neue Verteilungsgerechtigkeit unter den Bedingungen dauerhaft mäßiger Wachstumsraten ist so nicht nur eine Frage der Moral. Sie ist der Kern ökonomischer Vernunft.

Sie ist aber zudem ein Schlüssel für die Mehrheitsfähigkeit. Rot-Grün hat in Deutschland 2005 die Mehrheit nicht wegen der eingeleiteten Strukturreformen verloren – sondern weil es dabei nicht gerecht zu ging. Weil diejenigen, die wenig schultern konnten, mehr schultern mussten und umgekehrt. Deshalb bedarf es einer Politik struktureller Reformen bei einem Mehr an Gerechtigkeit.

Eine andere Mehrheit für eine andere Politik

Wer anders als wir Grüne sollte dieses angehen? Waren wir es nicht, die die Frage wirtschaftlichen Handelns in den ökologischen Grenzen unseres Planeten in den Mittelpunkt aller Wirtschaftspolitik gestellt haben? Haben wir nicht die Frage der Generationengerechtigkeit an den Anfang unseres politischen Handelns gestellt: *Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!*

Wer hat den Mut, der Autoindustrie ebenso an die Subventionen für die Dienstwagen zu gehen wie der Chemieindustrie an die Mineralölsteuerbefreiung? Wer mag sich nicht mit dem Ehegattensplitting abfinden und dem Wahnsinn der Mehrwertsteuersubvention für Hoteliers, Schnittblumen und Skilifte? Und mit wem wird es die Einführung einer Vermögensabgabe zur Schuldentilgung geben? Nur mit uns, der sozial-ökologischen Bürgerrechtspartei der linken Mitte.

Der strukturelle Umbau einer Wirtschaft und Gesellschaft erfordert seriöse Konzepte und die nötige Konfliktbereitschaft gegenüber den immer präsenten und immer starken Bremsern und den Privilegierten des Status Quo. Werte und Ziele sowie die Beharrlichkeit und Zähigkeit, sie umzusetzen – das ist der Kern grüner *Good Governance.*

Wir Grüne wollten von Beginn an diese Gesellschaft verändern - sie nachhaltiger, gerechter, demokratischer machen.

So haben wir in Deutschland vieles verändert. Wir wissen, wie schwer manchmal selbst kleine Schritte durchzusetzen sind. Wir erleben täglich, wie viel schief geht, wenn andere grüne Politik

machen wollen. Die Erfolge, die wir schon erreicht haben, sind immer wieder von Rückschritten bedroht - sei es der Ausstieg aus der Atomenergie oder die Energiewende.

Wir Grüne haben gezeigt, dass harte Opposition gerade darin besteht, politische Alternativen aufzuzeigen. Es ist unbequem, nicht allen alles zu versprechen, sondern ehrliche politische Prioritäten gerade vor dem Hintergrund einer Finanzkrise zu definieren. Aber es ist notwendig. Eine andere Politik ist nicht nur möglich. Sie ist machbar.

→ Wir sind die Architekten der Energiewende: mit einem klar finanzierten Energiesparfonds, mit neuen Regeln für neue Energiemärkte. Mit einem Klimaschutzgesetz machen wir Deutschland wieder zum internationalen Vorreiter. Der Zerstörung von Regenwäldern und der grassierenden Fehlernähung begegnen wir mit einer Begrenzung der Massentierhaltung hier.

→ Wir zeigen im Wahlkampf sehr konkret, wie wir mit einem flächendeckenden Mindestlohn, einer verfassungskonformen Grundsicherung, mit einer Vermögensabgabe und der Bürgerversicherung für Alle mehr Gerechtigkeit schaffen wollen.

→ Wir unterlegen den Aufbruch zu mehr Teilhabe mit einer Einbürgerungsoffensive ohne Optionsregelung und einer Frauenquote für Aufsichtsräte. Wenn viele Menschen zu Recht von der Politik mehr Demokratie und Transparenz erwarten, haben wir mit unseren Vorschlägen zu mehr Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren und gesetzlich gesicherter Informationsfreiheit konkrete Antworten.

→ Wir kämpfen für mehr Europa und für mehr Demokratie in Europa. Wir wollen, dass Deutschland als verlässlicher Akteur seiner globalen Verantwortung gerecht wird. Wir setzen uns ein für mehr globale Gerechtigkeit und zeigen mit unserer Forderung nach einem Rüstungsexportgesetz eine klare Alternative zur schwarz-gelben Außenpolitik auf, die Profite über Menschenrechte stellt.

Wir müssen überzeugend klar machen: Nur mit starken Grünen an der Regierung gibt es wirklich eine Hoffnung, dass dieses zentrale Land in der Mitte Europas seiner Verantwortung für Europa gerecht wird, dass es den Klimaschutz ernst nimmt, dass es wieder gerechter zugeht und dass die gesellschaftliche und demokratische Modernisierung weitergeht.

Wer sonst soll das leisten? Die opportunistische Union, die ideenlosen Sozialdemokraten, ahnungslose Freibeuter oder gar die neoliberale Business Class von Brüderle, der für Waffenexporte nach Saudi-Arabien und Katar kämpft?

Grün entscheidet: Rot-Grün oder Große Koalition

Nein, dass Schwarz-Gelb wiedergewählt wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch ist die Wahl nicht entschieden. Die Alternative, um die es 2013 geht, lautet: Rot-Grün oder Große Koalition. Doch soll etwa auf die Selbstblockade von Schwarz-Gelb erneut der Stillstand des kleinsten gemeinsamen Nenners einer Großen Koalition folgen? Das wäre verheerend für Deutschland und Europa.

Diese Wahl wird über drei Fragen entschieden. Gibt es mehr Teilhabe durch mehr Verteilungsgerechtigkeit? Kommen wir durch Mehr Europa aus der Krise? Legen wir mit der Energiewende die Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft? In all diesen Fragen gibt es gesellschaftliche Mehrheiten links der Mitte, gibt es Zustimmung für grüne Antworten.

Es ist die Verantwortung der Parteien der linken Mitte, die gesellschaftliche Mehrheit für eine andere Politik machtpolitisch umzusetzen. Dabei kommt es darauf an, zu zeigen, dass eine Koalition der linken Mitte im Herzen Europas *Good Governance* kann.

Es gibt dabei nichts zu verschenken. Es kommt dabei auf die GRÜNEN an. Es kommt auf uns an. Nur wenn wir auf unser Rekordergebnis 2009 noch einmal deutlich drauflegen, wird eine andere Mehrheit für eine andere Politik möglich sein.

Es wird nicht leicht. Aber es ist zu schaffen. 2009 regierten wir 2,5 Mio. Deutsche in Hamburg und Bremen. Heute stehen die Zeichen gut, dass im Frühjahr 2013 44 Mio. Deutsche zwischen der Förde und der Insel Mainau rot-grün regiert werden. Nimmt man Hamburg und Brandenburg hinzu, können schon fast 50 Mio. Deutsche ohne CDU, CSU oder FDP in der Landesregierung leben. Ab September sollte Deutschland auch im Bund wieder ohne Schwarz und Gelb regiert werden.

Wenn wir die Menschen von uns GRÜNEN überzeugen, dann ist eine andere Politik möglich.

Packen wir es an.

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Werner Winkler

Ortsverband Waiblingen

Inhaltsverzeichnis:

1. Warum ich mich bei Bündnis90/Die Grünen engagiere
2. Was dafür spricht, mich zum Spitzenkandidaten zu wählen
3. Was ich tun würde, wenn ich gewählt werde
4. Informationen zu meiner Person
5. Fragen und Antworten

1. Warum ich mich bei Bündnis90/Die Grünen engagiere

Als politischer Mensch war und ist es mir ein großes Anliegen, das Gute, das durch die Aufklärung, die Menschenrechts- und Demokratiebewegung und in den letzten 40 Jahren durch die ökologische Bewegung erreicht wurde, zu bewahren und wo immer möglich, weiter zu optimieren.

Ich habe und hatte immer Spaß an anspruchsvoller intellektueller Debatte, auch mit Menschen, die andere politische Überzeugungen als ich selbst vertreten. Mir liegt viel an der Lösung von unnötigen Problemen, an Gerechtigkeit und Fairness. Ich engagiere mich auch deshalb, damit Kinder eine Welt vorfinden, die ihnen ein gutes Leben ermöglicht.

Seit Januar 2011 bin ich Parteimitglied. Konkreter Auslöser war das Verhalten der damaligen CDU-FDP-Landesregierung von Baden-Württemberg im Umgang mit den Bürgern, die gegen das Bahnprojekt Stuttgart21 demonstrierten. Auf der Demonstration am 30.9.2010 geriet ich selbst in den Beschuss durch die Wasserwerfer, obwohl wir völlig friedlich gegen die anrückenden Baumaschinen demonstriert hatten. Ich habe mir damals gesagt, dass es wichtig ist, so eine Politik, wenn möglich, abzuwählen und sah in Winfried Kretschmann und den Grünen eine glaubwürdige Alternative. Zur Landtagswahl engagierte ich mich deshalb intensiv in meinem Heimatort für die Grünen und merkte bald, dass ich mit meinem Eindruck von Stefan Mappus nicht allein war. Auch viele Nicht-Grüne-Wählerinnen fühlten sich beleidigt und abgestoßen, dass so mit den Bürgern umgegangen wurde. Umsomehr hat mich dann der Wahlausgang gefreut und

Postanschrift:

Kurze Straße 6

71332

Waiblingen

07151-903 4012

wewinkler@t-online.de

www.wernerwinkler.de/politik.htm

www.facebook.com/werner.winkler.92

ich habe mich vor Ort im Kreisverband und Ortsverein eingebracht, speziell beim Aufbau des ersten „Grünen Büros“ für den Kreisverband und einen der Landtagsabgeordneten. Im Herbst 2011 wurde ich von der Kreisversammlung zum Delegierten für den Sonderparteitag über den Atomausstieg bestimmt und im Januar 2012 von den Mitgliedern des Ortsvereins Waiblingen zum Vorsitzenden gewählt – bin also vor allem lokal aktiv. Für den Kreisverband gestalte ich mit einem Redaktionsteam die Mitgliederzeitschrift „Grüne im Kreis“. Ich arbeite und streite dafür, dass wir selbst – innerhalb unserer Partei und unseres ganz konkreten Einflussbereichs – ein Vorbild dafür abgeben, wie es optimalerweise in der politischen Landschaft zugehen soll. Auch deshalb habe ich mich für die Urwahl engagiert. Sie sendet ein starkes Signal dafür, dass Bürger sich mehr in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen können – wenn sie das möchten.

2. Was dafür spricht, mich zum Spitzenkandidaten zu wählen

Grundgedanke
Im Sinne einer adäquaten Vertretung der Gesamtpartei in der Öffentlichkeit erscheint es mir sinnvoll, wenn je eine/r der beiden SpitzenkandidatInnen aus der ehrenamtlich arbeitenden Parteibasis und aus der Gruppe der professionellen PolitikerInnen kommt – eine andere Quotierung also wie bisher üblich nach Parteiflügeln. Immerhin sind ca. 95% der Parteimitglieder solche, die sich unbezahlt, ehrenamtlich oder als anspruchsvolles Hobby politisch engagieren. Wir, die „Normalos“, sind die Schnittstelle zum Normalbürger und es stünde einer so stark mitgliederorientierten Partei wie der unseren gut zu Gesicht, diese Gruppe auch bei einer Bundestagswahl sichtbar in Form eines Spitzenkandidaten zu zeigen.

Was ich nicht möchte
Weil ich hierzu schon mehr gefragt wurde bzw. mir Ambitionen verschiedenster Art unterstellt wurden:

1. Ich kandidiere nicht für den Bundesvorsitz und auch nicht für ein Bundestagsmandat - weder als Direktkandidat im Wahlkreis noch auf der Landesliste.
2. Ich möchte auch kein Minister werden – wobei ich mir eine Mitarbeit beim Aufbau eines neu zu schaffenden „Demokratieministeriums“ sehr reizvoll vorstelle. Mir scheint, es ist an der Zeit, die Themen Bürgerbeteiligung und demokratische Kultur durch ein eigenes Ministerium stärker zu würdigen und ich würde gerne für diese Idee eintreten.
3. Ich möchte meine bisherigen Tätigkeiten nicht aufgeben, da ich das, was ich seit vielen Jahren mache, sehr gerne tue. Trotzdem bin ich bereit, im Fall einer Wahl zum Spitzenkandidat meine anderen Tätigkeiten zeitweise deutlich zurückzunehmen. Das wäre mir ein grüner Wahlerfolg wert.

3. Was ich als Spitzenkandidat gerne tun würde

Selbstverständlich gehören die Spitzenkandidaten einem Team an und können nicht alleine über das entscheiden, was getan wird. Trotzdem würde ich gerne Anregungen und Ideen aus meiner Erfahrung einbringen, z.B.:

1. Ein bewusster Verzicht auf den Begriff „Wahlkampf“ und den Ersatz durch „Wahlkampagne“. In einer Vorwahlphase geht es nicht um einen Kampf und auch nicht um Gewinnen und Verlieren, sondern um die Bewerbung bei den Bürgern um deren Vertretung im Parlament bzw. die Bildung einer Regierung. Ich würde mich über eine interne Übereinkunft freuen, die demokratischen Mitbewerber freundlich, wertschätzend und fair zu behandeln und so über sie zu sprechen, wie wir uns das für uns selbst auch wünschen. Es erscheint mir unfair, etwa Frau Merkel als Person anzugreifen,

wenn es nur darum geht, die eigenen Ideen gegenüber denen der CDU/CSU oder der derzeitigen Koalition zu präsentieren. Wir stehen nicht besser da, wenn wir andere schlecht machen.

2. Klare Aussagen vor der Wahl (in Abstimmung mit dem Wunschkoalitionspartner SPD), welche Pläne die beiden Koalitionsparteien nach einer gewonnenen Wahl in die Tat umsetzen möchten. Möglichst auch die Benennung von „gesetzten Ministerkandidaten“ in Form eines rot-grünen Schattenkabinetts. Ich denke, die Bürger haben vor der Wahl das Recht zu wissen, wen sie wählen und welche Folgen das haben wird - zumindest in groben Umrissen. Und um das grüne Element in einer solchen Koalition möglichst stark zu machen, plädiere ich für einen Hauptslogan mit der Aussage: Wer Grün will, muss auch Grün wählen und dazu eine Polarisierung zwischen den Begriffen Grün und Grau mit entsprechender Visualisierung.

3. Eine Bewerbungskampagne, die auch von der Form her den grünen Inhalten und Themen entspricht. Statt z.B. Tausende von teuren Plakaten zu drucken und aufzustellen sollten wir lieber 90.000 Bäume pflanzen (in Anspielung auf „Bündnis90“), mit grünen Bändern versehen und parallel vor allem auf die Möglichkeiten des Internets setzen. Die Bäume bleiben auch nach der Wahlkampagne, die Plakate landen auf dem Müll. Und natürlich am Wahlstand Dinge mit klar grünem Bezug verschenken, z.B. Tüten mit Sonnenblumenkernen oder grün getönte Energiesparlampen. Die Grundfrage bei jeder Entscheidung hier muss lauten: Womit sind wir glaubwürdig – nicht nur in dem, was wir sagen, sondern auch in dem, was wir tun?

4. Informationen zu meiner Person

Persönliches und Berufliches:
1964 – Geboren in Stuttgart als dritter von fünf Brüdern.

1970-1981 – Grundschule und Gymnasium in Fellbach und Weinstadt. Abgang mit Mittlerer Reife.

1981-1985 – Ausbildung zum Werbetechniker, Arbeit im Ausbildungsbetrieb, dann als Dekorateur in einem Supermarkt. Spezialisierung auf Schrift und Kalligrafie.

1985-1990 – Übernahme und Führung eines Schreibwarengeschäftes mit 3-5 Mitarbeitern an meinem Heimatort. Um- und Ausbau zu einer modernen Papeterie mit Buchhandlung. Diese existiert nach dem Verkauf an einen Nachfolger bis heute (Buch und Papier Rampp in Fellbach-Schmiden).

1991-1995 – Verschiedene angestellte Tätigkeiten im grafischen Bereich (Beratung, Verkauf, Kundenberatung, Kalkulation). Parallel selbständige Arbeit als Kalligraf.

1995-1997 – Weiterbildungen: Psychologische Beratung, Psychographie, Lösungsorientierte Kurztherapie.

seit 1996 – Freiberufliche Tätigkeit als Berater/Coach, Dozent, Autor und (seit 1984) als Kalligraf bzw. Kalligrafielehrer. 1995-2010 zudem interner Berater einer mittelständischen Druckerei (Marketing, Kundenberatung, Beratung der Geschäftsleitung).

Politisches:
1971 – Klassensprecher in der 2. Grundschulklasse mit unvorstellbaren 56 Schülern – von der Lehrerin

bestimmt, leider nicht gewählt :) ... Aufgewachsen mit einem langjährigen SPD-Mitglied als Großvater und dem Gefühl, dass es unmöglich sei, als anständiger Mensch etwas anderes als die SPD zu wählen.

1982 – Teilnahme an der Menschenkette gegen die Nachrüstung zwischen Stuttgart und Ulm und an meiner ersten Bundestagswahl (wenn ich mich richtig erinnere, habe ich seitdem so gut wie an jeder Wahl teilgenommen).

1993 – Teilnahme an der Menschenkette/Lichterkette in Stuttgart gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

2008 – Schnuppermitgliedschaft in der SPD, angeregt durch ein Gespräch mit Hermann Scheer. Entscheidung gegen eine dauerhafte Mitgliedschaft, nachdem ich erlebt hatte, welche Mitwirkungsmöglichkeiten man als Parteimitglied dort hat bzw. nicht hat.

2009 – Kontakte zu den Freien Wählern und darüber zur ehemaligen CSU-Politikerin Gabriele Pauli. Mitgründung ihrer Partei „Freie Union“ und Wahl in den Bundesvorstand – in der Hoffnung, in einer jungen, auf stärkere Bürgerbeteiligung zielenden Partei politisch wirksam tätig werden zu können. Austritt nach wenigen Wochen gemeinsam mit vielen anderen Aktiven als Protest gegen massiv satzungswidriges Verhalten der Parteivorsitzenden. Dabei habe ich gelernt: Demokratie ist nicht, dass viele Leute eine Führungspersönlichkeit wählen und diese dann alleine bestimmt, was passiert. Und auch: Eine Satzung ist in einer Partei so wichtig wie eine Verfassung im Staat und Fairness im Umgang unter „Parteifreunden“ nicht selbstverständlich. Als Folge dieser Erfahrungen Initiierung des Projekts www.iparlament.de als (Probe-)Plattform für politische Willensbildung. Mit einigen Freunden Überlegung, eine basisdemokratische Partei zu gründen (verworfen).

2010 – Intensives Engagement gegen den Umgang der politisch Verantwortlichen mit dem Bauprojekt Stuttgart21 gemeinsam mit meiner Frau und einigen Freunden. Nach Erlebnis des „Schwarzen Donnerstags“ am 30.9. Entschluss, mich doch noch einmal parteipolitisch zu engagieren. Durch Winfried Kretschmann auf die Grünen aufmerksam geworden (die ich bis dato nur mehrfach gewählt, sie aber nie als möglichen Ort politischer Arbeit gesehen hatte, da ich keine Grünen persönlich kannte und das Vorurteil pflegte – ich gestehe – das wären im Wesentlichen politisch aktive Anthroposophen).

2011 – Eintritt als Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen (Januar). Mitwirkung bei der Kampagne zu den Landtagswahlen. Mithilfe beim Aufbau des Büros des Kreisverbandes Rems-Murr und des Büros des Landtagsabgeordneten.

2012 – Wahl zum Vorsitzenden des Ortsvereins Waiblingen (Januar). Im März Bewerbung als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2013.

Ideelles:
1993-1995 – Ehrenamtliche Tätigkeit im Arbeitskreis Leben e.V. (Begleitung Suizidgefährdeter und -überlebender sowie von Menschen in Lebenskrisen).

1997-1999 – Feldforschung zum Thema „Persönlichkeitsunterschiede“. Dazu Entwicklung des später so genannten „123-Modells“ zur Erklärung der Unterschiede zwischen Menschen.

1996-1999 – Studien zum Themenkreis Zinkmangel bzw. Mineralstoffe/Vitamine. Entwicklung eines

kostenlosen Zinkmangeltests (mit Dr. med. M. Schwarz, Uniklinik Tübingen).

ab 2000 – Autorentätigkeit – Herausgabe und Veröffentlichung mehrere Sachbücher, speziell zu den Themen Persönlichkeitsunterschiede, Problemlösung und Mineralstoffe/Vitamine. Umfangreiche Lehrtätigkeit, z.B. in Unternehmen, sozialen Institutionen oder im Weiterbildungsinstitut der Universitätsklinik Freiburg.

Themenschwerpunkte in den letzten Jahren: Zivilisationsentwicklung, Globale Problemlösung, Toleranz im Umgang mit/zwischen Weltanschauungen und Religionen.

Persönliche anhaltende Interessen: Gruppendynamik im politischen Bereich, Abstimmungs- und Wahlprozesse, Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen in einem Staat; Zukunftsperspektiven der technischen Zivilisation, Leben der „Naturvölker".

5. Fragen und Antworten

Frage: Wie hoch schätzen Sie Ihren Anteil am Zustandekommen der Urwahl ein?
Es dürfte klar sein, dass ich mir diese Frage selbst stelle ... und dass darauf vermutlich nur die oberste Führungsriege kompetente Auskunft geben könnte. Nach meiner Einschätzung (die ausschließlich auf dem beruht, was ich in der Presse verfolgt habe) war es wohl so, dass auf die erfolglosen Einigungsversuche der vier Fraktions- und Parteivorsitzenden zur Spitzenkandidatur Claudia Roth im März ihre Bewerbung ankündigte. Gleichzeitig sagte sie, es würde eine Urwahl geben, wenn es mehr als zwei Bewerber gäbe. Vermutlich dachte sie dabei an Jürgen Trittin. Da ich auch davon ausging, dass er antritt, schien es mir passend, durch meine eigene Bewerbung den „Auslöser" für die Urwahl, die ja von vielen Mitglieder gefordert wurde, zu liefern. Dass die Medien so auf diese Geschichte angesprungen sind, hat mich gefreut und vermutlich auch die Dynamik des Ganzen verstärkt und die Entscheider dazu ermutigt, dem Parteirat die Einleitung einer Urwahl vorzuschlagen.

Frage eines Mitglieds aus meinem Ortsverband: Warum kandidierst du nicht für ein Bundestagsmandat?
Mein erstes Ziel war es, die Urwahl mit zu bewirken – das ist jetzt erreicht. Wenn ich trotzdem als Spitzenkandidat antrete, dann als Vertreter der „Amateur-Grünen", der normalen Mitglieder, die eben gerade nicht nach einem Job oder Mandat schielen, sondern die Politik neben ihren Berufen und Tätigkeiten in der Freizeit wie ein anspruchsvolles Hobby ausüben. Aus solchen Mitgliedern besteht unsere Partei zu 95% (geschätzt) und ich denke, in einem Spitzenkandidaten-Duo sollte dieser Anteil vertreten sein. Das würde den Bürgern zeigen, dass politisches Engagement bei uns Grünen etwas ist, das man auch neben dem Erwerbsleben ordentlich und mit Herz betreiben kann. Es geht ja auch und vor allem darum, das Gesicht der Partei zu sein und ich höre von Journalisten, dass sie es erfrischend finden, mal mit jemand von der Basis zu sprechen und auch viele Mitglieder signalisieren mir, dass sie meine Bewerbung unterstützen. Jürgen Trittin ist ja sowieso schon als Kandidat für den Bundestag und in der Fraktion an der Spitze – er wird seine Aufmerksamkeit und seine Sendeplätze auch ohne Spitzenkandidatur bekommen. Ich vermute aber, mir als „neuem Gesicht" würden viele Zuschauer und Zuhörer wachsamer zuhören.

Frage (gestellt im Kreisvorstand): Warum bewirbst du dich gegen Jürgen Trittin?
Als ich mich im Frühjahr bewarb, hatte nur Claudia Roth ihre Bewerbung eingereicht. Korrekterweise müsste man also Jürgen Trittin fragen, warum er gegen mich antritt :) ... Ich trete aber nicht gegen

jemand an, sondern bewerbe mich um eine ausgeschriebene Aufgabe. Ich halte auch nichts davon, wenn in Unternehmen die Bewerber miteinander direkt konkurrieren müssen – denn in der Regel geht es bei den ausgeschriebenen Stellen nicht darum, wer in einer Konkurrenzsituation gut besteht, sondern wer für den Job am besten geeignet ist. Ich traue den Mitgliedern der Partei zu, in dieser Frage eine gute Wahl treffen zu können.

Wen werde ich selbst wählen?
Das werde ich erst entscheiden, wenn ich beobachten und einschätzen konnte, wie die Bewerber_innen die Aufgabe ausfüllen wollen. Spontan würde ich „wenn morgen die Urwahl wäre“ wohl mein Kreuzchen bei Renate Künast und bei mir selbst machen (falls Bärbel Höhn sich noch für eine Kandidatur entscheidet, wäre das auch eine Option für mich, da ich sie für extrem glaubwürdig und kompetent halte). Ich glaube, wir wären ein tolles Team an der Spitze (das gilt für Renate Künast und für Bärbel Höhn) und würden auch viele „Quoten“ abdecken.

Frage: Für welche Themen, für welche Politik stehe ich?
Diese Frage hat mich ehrlich gesagt überrascht. Es dürfte doch klar sein, dass die Spitzenkandidaten für die Politik stehen, die wir durch unser Parteiprogramm und die Beschlüsse zu den aktuellen Themen kommuniziert haben. Dass ein Spitzenkandidat diese Aufgabe nutzt, um eigene Themen oder Meinungen zu transportieren, halte ich für unangemessen. Trotzdem habe ich natürlich eine eigene Meinung zu vielen politischen Themen und falls ich nach dieser gefragt würde, würde ich das selbstverständlich auch als meine private Meinung kennzeichnen.

Frage: Weshalb halte ich mich für fähig, als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl anzutreten?
Ich denke, dass im Prinzip jedes Mitglied, das sich ernsthaft mit seiner Partei beschäftigt und für sie engagiert, ein „Gesicht seiner Partei“ darstellt. Welches Mitglied jedoch „Spitze“ ist, also besser für eine solche herausgehobene Position geeignet als die anderen, sollten nicht wenige Spitzenpolitiker untereinander entscheiden, sondern alle Mitglieder. Deshalb ist ja die Urwahl ein so bedeutender Schritt.

Frage (eigentlich an Claudia Roth in der Sendung „Heute-Show“ gestellt, aber da sie auch mich betrifft, möchte ich hier gerne dazu antworten): Nervt Werner Winkler mehr als Claudia Roth?
Offenbar hatte der Journalist und Spaßmacher Lutz die Kampagne für mehr weibliche Mitglieder verfolgt und die dort gestellte Frage „Wer nervt mehr als Claudia Roth“ noch im Kopf. Unsere Parteivorsitzende forderte mich als Antwort auf, ich müsse noch „liefern“, um zu nerven. In der Hoffnung also, dass mein erfolgreicher Einsatz für die Urwahl, meine vielen Interviews mit den Medien und auch der Humor in der „Heute-Show“ (www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1726324), der sich an meiner Person aufgehängt hat, einen guten Nerv bei Parteimitgliedern und Wählern trifft und die wirklich genervten in der Minderheit sind, freue ich mich auf die jetzt beginnende Bewerbungsphase und die Gespräche mit den Parteimitgliedern!

Aktuelles zum Thema werde ich in meinem Blog auf http://www.blog.de/user/WernerWinkler/ veröffentlichen und wenn noch Fragen eingehen, mit meinen Antworten im Internet auf www.wernerwinkler.de/politik2.htm dokumentieren.

Werner Winkler

Bewerbung um die Spitzenkandidatur von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013

Dr. Peter Zimmer

Kreisverband Rottal-Inn

Um eine echt funktionierende Demokratie zu wahren sollte jedes Mitglied ihre Pflicht sich daran zu beteiligen nachkommen – sonst besteht die Gefahr dass, das System zerfällt, z.B. in Richtung einer plutokratischen Oligarchie, wie wir gegenwärtig in vielen „Demokratien“ bezeugen können. Ein reger Machtwechsel ist ein Segen und der Krafttrunk welche eine Demokratie erst richtig zum Florieren bringt.

Die alten Griechen wussten das, so wurden solche Typen welche sich nicht beteiligten als ἰδιώτης (idiōtēs) verhöhnt. Allerdings, unter Beteiligung verstand man viel mehr als nur das Wählen – es wurde die aktive Teilnahme an den politischen Ämtern von allen erwartet. Es wurden die Amtsinhaber sinnvollerweise nicht durch eine Wahl entschieden sondern durch die Verlosung selektiert. Für eine zweite Amtszeit war nichts drin.

Um meine demokratische Verpflichtung nachzukommen bin ich daher bereit meine bescheidenen Fähigkeiten im Dienste unserer Gesellschaft und insbesondere alle schutzbedürftigen Lebewesen andachtsvoll zur Verfügung zu stellen. Nichtsdestominder stehe ich in tiefster Ehrfurcht vor alle den Großen vor uns die uns so weit gebracht haben sowie alle die Gediegenen die heute noch mit uns sind.

Viele Menschen weitgehend vorenthalten, sind sich dennoch die WissenschaftlerInnen vom Fach weitgehend einig: Wir Lebewesen der Erde, befinden uns zurzeit im 6. und größten Massenaussterben der Erdgeschichte d.h. ein Großteil der Artenvielfalt der Erde ist im Begriff für immer zu verschwinden. Allerdings, nicht nur verschwinden sie mit einer rasanten Beschleunigung, schneller und in größerem Umfang als bei allen bisherigen Massenaussterbungen zuvor (die durchschnittlich zwischen 10 und 100 aussterbende Arten pro Jahr aus der Fossilgeschichte, werden übertrumpft allein durch die momentane Extinktionsrate in den tropischen Regenwäldern, zur Zeit geschätzt auf 27.000 Arten pro Jahr !!) - Die Aussterbungen sind nachweislich fast ausschließlich die Folge der Tätigkeit

Postanschrift:

Kreil 1

84367

Tann

(08572) 9690998

info@peterzimmer.eu

www.peterzimmer.eu

einer Art - Homo sapiens – welcher aber auch in der Lage wäre nachdenklich dieses Fehlverhalten zu erkennen und zu ändern.

Nach dem Desaster in Fukoshima hofften alle auf Grün um den langersehnten Atomausstieg tatsächlich sofort zu vollbringen. Leider waren sehr viele bitterlich enttäuscht – scheinbar ist die Lagerung von Atommüll für Millionen von Jahren einfacher als alt eingesessene Politiker zu sinnvolles Handeln zu bewegen. Im Namen einer Energiewende wird das EEG stufenweise abgeschwächt, der PV Ausbau auf 3,5GW/Jahr begrenzt (somit könnten wir nach 190 Jahren im Jahr 2200 unser gesamten heutigen Strombedarf durch PV abdecken), naturschonende PV-Freiflächen auf dem Acker werden gestrichen obwohl man auf der heutigen Anbaufläche für Biogas-Mais einen Dünger und Pflanzenschutz Freien Naturpark mit einer PV-Freifläche welche 12,6 mal des gesamten Strombedarfs Deutschland abdeckt hinstellen könnte.

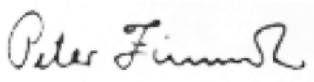
Im Jahr 2011 wurden Energiepflanzen in Deutschland auf einer Fläche von 22.800 km² (entspricht 2,28 Millionen ha d.h. 19% der Ackerfläche oder 6.5% der Landfläche Deutschlands) angebaut. Die zur Zeit effizienteste Form der Bio-energie, eine intensiv gedüngt, Herbizid gespritzt, Artendezimierende Biogas-Mais Monokultur-Wüste produziert pro Hektar maximal 2kW elektrische Leistung aus Biogas zusammen mit 740g CO_2 Netto d.h. jährlich 10MWh und 3,7 Tonnen zusätzlicher CO_2 wird erzeugt. Die Bilanz der Pflanzenöle, Bio-diesel und Bio-ethanol ist noch wesentlich schlechter. Im Vergleich erzeugt eine Freiflächen PV Anlage pro Hektar 830kW d.h. jährlich 800MWh Strom und vermeidet dabei 679g CO_2 Äquivalente pro kWh d.h. 543,2 Tonnen CO_2 werden vermieden!

Deshalb brauchen wir:

1.) 1,5% der Ackerfläche zu Naturschutzflächen mit 690GWp PV-Freiflächen wandeln
2.) Den sofortigen Atomausstieg - ohne Kompromisse oder Kuhhandel
3.) Schnellst mögliche 100% Deckung des Strom-Bedarfs durch PV, Wind, Wasser, Geothermie
4.) Bildungsgerechtigkeit und Förderung aller Kinder nach ihren Wünschen und Bedürfnissen
5.) Die ökologische Agrarwende statt Subventionen für Intensive Landwirtschaft
6.) Mikro-Algen als NAWARO ins EEG anstatt intensive Landwirtschaft
7.) die komplette sofortige Abschaffung des Beimischungszwangs von Biosprit aus Pflanzenöle
8.) den schnellst möglichen Umstieg zu Biodiesel aus Mikro-Algen statt Pflanzenöle
9.) die sofortige Abschaffung der Begünstigungen von Bio-diversität gefährdende Biogas-Anlagen
10.) die sofortige Streichung von ca. 2.000 EUR pro Hektar Förderung für Biogas-Mais-Anbau
11.) Ende der Finanzkrise mit Steuerentlastung für alle durch das entstehende Öko-Konjunkturmotor
12.) Legalisierung von Cannabis für medizinische Zwecke und Eigenverbrauch
13.) Die Nahrungsmittelwende – ökologisch und fleischlos statt Massentierhaltung

Ich bin überzeugt davon, dass es zu einem sinnvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, zur ökologischen Energie- und Nahrungsmittelerzeugung, zum Schutz und zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in unserem natürlichem Lebensraum und zum Schutz und zur gleichberechtigten Bewahrung der Rechte und des Daseins von Kindern, Senioren, allen anderen Menschen, Tieren und sonstigem Leben einen nach basis-demokratischen Grundsätzen agierenden Kandidat geben muss, der diese Ansicht vertritt und danach handelt.

Hiermit bewerbe ich mich um einen der beiden SpitzenkandidatInnenplätze unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Bundestagwahl 2013.



Peter Zimmer

Impressum:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Urwahlbüro
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

ViSdP Emily May Büning